

LAGeSo-Chaos – Profit – Integrationsversuche

FLUCHTPUNKT BERLIN

Freiheit

4

» **Terrorismusbekämpfung:**
Lücken in der Sicherheit

» **Gemeinnützigkeit:**
Anreize zum Wohnungsbau

» **Gedenktage:**
Heraus zum 18. März

STACHILIGE GRÜNE
ARGUMENTE

Inhalt

FLUCHT NACH BERLIN

Editorial	3
Dramatische Zustände am LAGeSo.	6
FluchtgewinnlerInnen: Chaos und Profit.	8
Erfolgsgeschichte Willkommensklassen? Integration durch Sprache	10

AKTUELLES

Terrorismusbekämpfung: Lücken im System.	12
The Culture of Fear: Angst essen Verstand auf	14
Vorratsdatenspeicherung in Zeiten des Terrors Freiheit verteidigen!	15
Gemeinnützig bauen: Neue Anreize für den sozialen Wohnungsbau schaffen.	18
Der lange Kampf für einen demokratischen Gedenktag: Heraus zum 18. März!	20
Historischer Hintergrund: Trotz alledem.	21
Abschlussbericht der Enquete-Kommission: Mit neuer Energie zu einer neuen Klimapolitik	22
#LMV15: Die Basis hat das Wort.	24
Berlin-Konferenz zeigt neue Wege: Berlin gemeinsam gestalten.	25

AUS DEN KVEN UND LAGEN

Charlottenburg-Wilmersdorf: Neue Stadträume schaffen	26
Tempelhof-Schöneberg: Sichere Wege für die Kinder	26
Reinickendorf: Nachhaltig und energieeffizient Bauen.	27
Kleine Konferenz: Zusammen sind wir groß.	28
Steglitz-Zehlendorf: Flüchtlinge wollen arbeiten	28
Neukölln: Das Weigandufer wird Fahrradstraße	29

AUS DER FRAKTION

Mehr Hilfe für die Kältehilfe.	30
Landesantidiskriminierungsgesetz Für ein vielfältiges Berlin.	30
Mehr Qualität für Berliner Kitas: Kinder sind Zukunft	31
Auf Kosten der Zukunft: Teurer Wahlkampfhaushalt ohne Reformen	32
Fraktion hat Wohnraumversorgungsgesetz zugestimmt: Kompromiss und Verantwortung	32
Rot-Schwarzes Strafvollzugsgesetz: Wenig Neues in der Knastpolitik	33

RUBRIKEN

Impressum	34
Nicht schön, aber nützlich Grünes Glossar.	34
Lokale AnsprechpartnerInnen.	34
Inhaltliche AnsprechpartnerInnen.	35
Termine	35



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

selten hat sich für unsere Redaktion das Grundproblem aller in größeren Zeitabschnitten erscheinenden Druckerzeugnisse so klar gezeigt wie bei dieser Ausgabe: Sind die Aussagen der Artikel noch aktuell, wenn sie beim Leser, der Leserin ankommen? Mitten in der Produktion wurde bekannt, dass in der Silvesternacht in Köln hunderte von Frauen sexuell belästigt und ausgeraubt wurden. Die Tätern waren offenbar vor allem Asylbewerber und Migranten, aber zu Redaktionsschluss war die Faktenlage noch unsicher. Sicher ist nur: Das Thema Gewalt gegen Frauen und die Frage, welche Folge die Ereignisse von Köln für die Flüchtlings- und Asylpolitik haben, werden breit diskutiert. Aber leider nicht in unserer Zeitschrift.

Nach den Pariser Attentaten vom 13. November entschieden wir: Die Frage der inneren Sicherheit, nach dem Schutz vor (nicht nur) islamistischen Terroranschlägen muss auch hier behandelt werden. Die Mängel in der Berliner Sicherheitspolitik hatten zum Glück und entgegen aller inzwischen eingegangenen Terrorwarnungen keine blutigen Konsequenzen – aber zum Jahreswechsel schlug dafür der braune Terror mit seinen Anschlägen auf Flüchtlingsheime wieder unvermindert zu.

Die weiteren Themen dieser Ausgabe sind teilweise seit etlichen Ausgaben unsere „Dauerbrenner“, werden es wohl noch eine Weile bleiben: Da geht es um den sozialen Wohnungsbau, der den Erfordernissen hinterher hinkt, da geht es um die Energie- und Klimapolitik, wo starken Worten meist nur dürftige Taten.

Aber wir haben die Gelegenheit, das mit neuen Mehrheiten zu ändern. Ebenfalls in diesem Heft: Der Aufruf zur Mitgliederversammlung, mit der wir den Startschuss für unseren Wahlkampf geben. Damit wollen wir die Agonie der SPD/CDU-Koalition im September beenden.

Also: Mitmachen – und eine anregende Lektüre Eurer „Argumente“.

Die Redaktion



Not kennt keine Obergrenzen

Nur die Winterstürme auf dem Mittelmeer ließen die Flüchtlingsströme vorübergehend schwächer werden. Jetzt zeigt sich wieder: Der Zug der Menschen aus den Krisengebieten des Nahen Ostens und Afrikas lässt sich auch durch keine Obergrenzen-Forderung aufhalten. Wer vor Ort in der Flüchtlingspolitik aktiv ist, hat ohnehin keine Zeit, sich an solchen, oft von Ressentiments getriebenen Debatten um Obergrenzen und ähnliches zu beteiligen. In Berlin steht auf der Agenda: Wie mildert man für die Betroffenen die menschenunwürdigen Zustände ab, die das zuständige LAGeSo etwa bei der Unterbringung der Flüchtlinge verursacht hat? Wie können wir sicherstellen, dass die Flüchtlingskinder die Schulbildung erhalten, die sie für ihre – und unsere – Zukunft brauchen? Wie schaffen wir es, dass die Neuankömmlinge, die eine Perspektive auf Bleiberecht haben, tatsächlich in unsere Gesellschaft eingegliedert werden? In theoretischen Diskussionen wird man die Antwort kaum finden, wohl aber in der praktischen Hilfe.

Der Flüchtlingsstrom nach Deutschland reißt nicht ab.
Foto: Janossy Gergely

Politikversagen bei Registrierung und Unterbringung von Flüchtlingen

Dramatische Zustände am LAGeSo

Jeden Tag kommen Tausende von Menschen nach Deutschland, die vor Krieg, Terror und Verfolgung geflohen sind. Ihre Aufnahme und menschenwürdige Unterbringung ist eine große Herausforderung für Städte und Gemeinden. Angela Merkel betont immer wieder, „wir schaffen das“. Und tatsächlich: Im ganzen Land leisten die Städte und Gemeinden Erstaunliches, überall sind Heerscharen von ehrenamtlichen Helfern unterwegs, um den ankommenden Flüchtlingen während ihrer ersten Tage in Sicherheit zu helfen. Nur in Berlin wird das LAGeSo zum Synonym für das Versagen der Behörden bei Registrierung und Unterbringung der Geflohenen.

Als wollte er Merkel Lügen strafen, zeigt sich der Berliner Senat mit der Registrierung der Flüchtlinge komplett überfordert. Die Abkürzung LAGeSo für Landesamt für Gesundheit und Soziales erlangte weltweit traurige Berühmtheit, weil tagtäglich Hunderte von Flüchtlinge im Freien vor dem Amt in Moabit warten müssen, um endlich registriert zu werden. Selbst die New York Times widmete den unhaltbaren Zuständen in Moabit einen längeren Artikel. Gäbe es nicht die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die Zustände wären längst komplett aus dem Ruder gelaufen.

Hektik statt Effektivität

Der Berliner Senat reagiert hektisch und planlos auf die anhaltende Krise rund um das LAGeSo. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller forderte im November in einer Regierungserklärung mehr Engagement von BeamtenInnen und seinem Koalitionspartner in

der Flüchtlingskrise ein. Er wolle solche Bilder vor dem LAGeSo nicht mehr sehen. Zuständig sei die Sozialverwaltung, also der CDU-Senator Mario Czaja, dem Müller indirekt den Rücktritt nahelegte. Der ist zwar immer noch im Amt, aber als Baueropfer musste der Leiter des LAGeSo, Franz Allert, im Dezember seinen Hut nehmen.

Müller selbst reaktivierte bereits im September den ehemaligen Polizeipräsidenten Dieter Glietsch als Leiter des Koordinierungsstabes für die Flüchtlingspolitik. Der 68jährige machte gleich bei Amtsantritt klar, dass er nur für ein Jahr zur Verfügung stehe. Die Flüchtlingspolitik

wird jedoch auf Jahre hinaus eines der zentralen Themen der Berliner Landespolitik sein.

Dann plante der Senat, Teile des Tempelhofer Feldes für den Bau von Flüchtlingsunterkünften zu nutzen. Mit Hochdruck wurde ein Gesetz ins Abgeordnetenhaus eingebracht, um das per Volksentscheid beschlossene Tempelhofgesetz zu ändern und eine Bebauung zuzulassen. Dieser Plan wurde wenig später auf die lange Bank geschoben: Stadtentwicklungssenator Geisel sagte, eine Prüfung der vorgesehenen Flächen habe ergeben, dass diese ungeeignet seien. Warum man ein Gesetz erst mit Hochdruck durch das



Foto: Leif Hinrichsen/
CC BY-NC 2.0

Flüchtlinge in Berlin

Bis 28. Dezember sind 2015 nach Auskunft der Sozialverwaltung rund 79 000 Flüchtlinge in Berlin angekommen.

Bei der Registrierung in Moabit wird die Verteilung der Flüchtlinge auf andere Bundesländer errechnet, nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel, der das Steueraufkommen und die Bevölkerungszahl

berücksichtigt. Berlin muss rund fünf Prozent aller Flüchtlinge aufnehmen.

In Notunterkünften leben in Berlin nach Angaben der Sozialverwaltung ungefähr 28 000 Menschen, davon 2300 in Turnhallen. Insgesamt hat Berlin nach Verwaltungsangaben bislang 37 900 Plätze geschaffen (Stand 02.12.2015)

Parlament bringen will und dann erst prüft, ob es überhaupt realitätstauglich ist, bleibt das Geheimnis des Senators.

Bei der Suche nach geeigneten Unterkünften ist der Senat auf die Kooperation der Bezirke angewiesen. Die tun in der Regel ihr Bestes, werden aber vom LAGeSo immer wieder ausgebremst. Beispielsweise hatte das Pankower Bezirksamt unter anderem ein früheres SeniorInnendomizil angeboten. Der frühere Betreiber und Besitzer des Gebäudes hatte sich als Träger der Unterkunft für Geflüchtete angeboten. „Obwohl es sich dabei um ein Unternehmen mit großer Erfahrung im

Bereich sozialer Arbeit handelt, wurde das vom LAGeSo mit der Begründung abgelehnt, dass der Gebäudebesitzer nicht der Betreiber der Unterkunft sein solle. In der gegenwärtigen Situation ist diese Verknüpfung jedoch besser akzeptabel als eine Unterbringung in Sporthallen“, sagt Daniela Billig, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen in der BVV Pankow.

Folge falschen Sparens

Zum Jahresende stellten die grünen Fraktions- und Landesvorsitzenden fest: „Der Sozialsenator ist an seiner Aufgabe gescheitert. Das Chaos am LAGeSo hält an, die Unterbringung und medizinische Versorgung ist in vielen Notunterkünften katastrophal, Tausende Neuankommlinge sind nach wie vor nicht registriert. Nach dem BER-Desaster ist Berlin mit dem LAGeSo bundesweit erneut zum Symbol für Politik- und Verwaltungsversagen geworden.“

Es zeigt sich, dass eine große Koalition nicht in der Lage ist, große Probleme zu lösen. Im Gegenteil: SPD und CDU schaffen es noch nicht einmal, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen. Berlin steht vor einer der größten Herausforderungen seit dem zweiten Weltkrieg und die Regierungskoalition ist damit beschäftigt, sich gegenseitig die Schuld für das Versagen in die Schuhe zu schieben.

Hinter dem Chaos steckt jedoch noch mehr als koalitionsinterner Streit: Über Jahre hinaus wurde es versäumt, die Berliner Verwaltung zu reformieren und in die Infrastruktur zu investieren. Die notwendige Sanierung des Landeshausalters wurde auf „sparen bis es quietscht“ reduziert. Das rächt sich jetzt, wo die Stadt – nicht nur wegen der

steigenden Flüchtlingszahlen – wächst. Überfüllte Bürgerämter oder marode Schulgebäude sind nur zwei weitere Beispiele für die Folgen der falschen Politik der vergangenen Jahre.

Was zu tun ist

Im Oktober vergangenen Jahres öffnete die neue Erstregistrierungsstelle für Flüchtlinge in einem alten Gebäude der Landesbank in der Bundesallee. Dort, so der Eindruck von Özcan Mutlu, grüner Bundestagsabgeordneter aus Berlin, laufen die Dinge besser als an der Moabiter Turmstraße. Von der Erstregistrierung über den Antrag auf Asyl bis zur Ausländerbehörde und der Bundesagentur für Arbeit sitzen dort alle Entscheider unter einem Dach. Das erspart den Flüchtlingen jedoch nicht den Gang nach Moabit, wo sie einen Termin für die Bundesallee und einen Platz in einer Unterkunft erhalten und soziale Leistungen wie Taschengeld. Die Schlangen friender Flüchtlinge sind zu Beginn des Jahres wieder Alltag in Moabit – trotz Wärmezelten.

Mit der Registrierung sind längst nicht alle Probleme gelöst. Vor einer Unterbringung von Tausenden von Flüchtlingen in den Hangars des ehemaligen Flughafens Tempelhof, ohne dass ausreichend sanitäre Anlagen und Integrationsangebote existieren, kann nur gewarnt werden. Sicher – es ist alles andere als einfach, für die täglichen Neuankommenden adäquate Unterkünfte zu finden. Turnhallen können in manchen Situationen unumgänglich sein. Aber noch immer gibt es ungenutzte Bundesliegenschaften, noch immer lässt das Management der privaten Angebote zu wünschen übrig, ebenso die Abstimmung mit den Bezirken.

FluchtgewinnlerInnen

Chaos und Profit

Ohne das Engagement der Ehrenamtlichen läuft bei der Versorgung der Flüchtlinge gar nichts? Die PeWoBe, Betreibergesellschaft der Notunterkunft in der Tempelhofer Colditzstraße, sah das offensichtlich anders. Im Frühjahr 2015 wurde das auf 500 Plätze angelegte Heim eröffnet, im Herbst häuften sich die Klagen der Ehrenamtlichen. Die durften die Einrichtung nämlich nur betreten, wenn sie zuvor schriftlich einen Termin vereinbart hatten. Doch solche Terminanfragen blieben unbeantwortet.

Die bündnisgrüne Bezirksverordnete Aferdita Suka äußerte da eine Vermutung: „Es drängt sich der Verdacht auf, dass der Betreiber die Zustände dort vor der Öffentlichkeit verbergen möchte. Nicht nur von ehemaligen MitarbeiterInnen ist schließlich zu hören, dass die hygienischen Verhältnisse für die HeimbewohnerInnen mangelhaft sind, die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten von erhöhtem Stress und auch Mobbing geprägt seien.“ Auf eine Anfrage der Bezirksverordneten erklärte das Bezirksamt dazu noch: „Bei der Integrationsbeauftragten gehen vermehrt Beschwerden von BewohnerInnen und Bewohnern der Unterkunft in der Colditzstraße ein, in denen herabwürdigendes, diskriminierendes, rassistisches und auch sexistisches Verhalten des Sicherheitsdienstes sowie der Leitung beschrieben werden.“ Und: „Versuche mit der Heimleitung in Kontakt zu treten, sind gescheitert.“ Das Bezirksamt informierte zwar sofort das zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) – doch dessen Reaktion ließ auf sich warten.

Die PeWoBe ist auch nicht

irgendwer, sondern immerhin eines der größten Unternehmen, das sich in Berlin auf kommerzieller Basis mit der Unterbringung von Flüchtlingen befasst. Dahinter steckt der Großunternehmer Helmuth Penz, in der Vergangenheit in verschiedene Bauskandale verwickelt. Auch die oft undurchsichtigen Verfahren, mit denen seine PeWoBe ihre Verträge mit dem zuständigen LAGeSo über das Betreiben von Flüchtlingsheimen schloss, hatten bereits für Schlagzeilen geführt.

Hausverbot für HelferInnen

Der Fall Colditzstraße wäre dabei kein herausragender Einzelfall. Neben der PeWoBe zog auch schon die Firma Gierso Boardinghaus, ein weiteres Großunternehmen des Berliner Flüchtlingsgeschäftes, den Ärger nicht nur der ehrenamtlichen HelferInnen auf sich. Die Flüchtlingsinitiative „Neue Nachbarschaft“ stieß im Moabiter Gierso-Haus auf verdreckte Toiletten, kaputte Duschkabinen, stellte fest, dass es die zugesagte Kinderbetreuung gar nicht gab. Die Ehrenamtlichen beklagten sich, bekamen prompt Hausverbot. Gegenüber dem Inforadio des rbb zog Marina Naprushkina von der Flüchtlingsinitiative das Fazit: „Die Gierso ist eine Firma, die auf Profit orientiert ist, und das darf bei der Flüchtlingsarbeit nicht passieren. Das ist kein Geschäftsmodell.“

Da irrt die Flüchtlingsshelferin allerdings: Dieses Geschäftsmodell verspricht nicht nur den Großen der Branche ordentliche Gewinne, hier machen auch die „Kleinen“, die QuereinsteigerInnen satte Profite. Die 25 bis 50 Euro, die der Senat pro untergebrachtem Flüchtling pro Nacht zahlt, locken FluchtgewinnlerInnen

aller Art an, inzwischen auch aus dem kriminellen Milieu.

Bereits im Januar 2015 stieß der grüne Bezirksstadtrat Bernd Szcypanski bei einer Begehung des „Rixpack Hostel“ in Neukölln, wo 51 Flüchtlinge auf Kosten des Landes Berlin untergebracht waren, auf haarsträubende Zustände. Das Treppenhaus des Gebäudes war voller Müll und Fäkalien, für eine siebenköpfige Familie gab es nichts als vier Bettgestelle, von denen eines noch kaputt war. Bei einer Miete von bis zu 10 000 Euro pro Wohnung brachte dem Hostel-Betreiber das einen monatlichen Reingewinn von 30 000 Euro, rechneten die Neuköllner Grünen damals aus, bezeichneten das als „skrupellose Geschäftemacherei“.

Natürlich: Auch die seriös betriebene Flüchtlingsunterkunft eines Trägers der Wohlfahrt muss sich rechnen, und selbst ein wohlmeinender privater Unternehmer will und muss Gewinn erzielen. Aber kann man

**sei 12 m²
sei 5 personen
sei berlin**

Ganz legale Unverschämtheiten

So macht man Kasse: Der Betreiber einer „Flüchtlingsunterkunft“ bringt eine siebenköpfige Flüchtlingsfamilie in einer Vier-Zimmer-Wohnung unter, streicht bei einer Pauschale von 50 Euro pro Person pro Tag

10 500 Euro im Monat ein. Pikant: Die Wohnung hatte er zuvor selbst für 1000 Euro monatlich von einem städtischen Unternehmen angemietet. Eine Sprecherin der Sozialverwaltung zu diesem besonders krassen Fall: Eine Unverschämtheit, aber auch nicht illegal.

nicht zumindest die bekannten schwarzen Schafe, die gierigsten und skrupellosesten Profiteure von diesem Markt ausschließen?

Ein Markt ohne Wettbewerb

Das ist leichter gesagt als getan. Denn einen von Wettbewerb geprägten Markt, auf dem sich die AnbieterInnen durch Leistung und kostengünstige Preise hervortun wollen, gibt es nicht. Der Bedarf an neuen Unterkünften – im Herbst waren das 20 000 pro Monat – ist so groß, dass das LAGeSo praktisch jedes Angebot annehmen muss.

Doch das zum Verantwortungsbereich von CDU-Sozialsenator Mario Czaja gehörende Landesamt macht es mit seiner chaotischen Verwaltung der Krise den Flucht-

gewinnlerInnen auch leicht, sich auf Kosten Berlins und der Flüchtlinge zu bereichern.

So kann das LAGeSo zum Beispiel nicht einmal sagen, wie viele Flüchtlinge in welchem Heim untergebracht sind. Werden wieder einmal neue Plätze benötigt, startet die Behörde ihren regelmäßigen telefonischen Rundruf: „Wie viele Flüchtlinge haben Sie gerade? Wie viele können wir noch schicken?“ Zwar sollen die Heime für Notfälle auch immer Plätze frei halten, aber ob die HeimbetreiberInnen bei diesen Rundrufen ihre wahren Belegungszahlen nennen, steht auf einem anderen Blatt. Kassiert wird schließlich in erster Linie für die angeblich untergebrachten Flüchtlinge, nicht für frei gehaltene Plätze. Eine Belegungssoftware, wie sie faktisch jedes Hotelunternehmen einsetzt, könnte Abhilfe schaffen: Doch eine solche Software hat die Behörde nicht.

Illustration: Kalle Erlacher

Kontrolle findet nicht statt

Nötig wäre natürlich auch eine regelmäßige Kontrolle der Unterkünfte, eine institutionalisierte Heimaufsicht, die regelmäßige, auch unangekündigte Kontrollen durchführt, bei Missständen die erforderlichen Konsequenzen einleitet. Von einer solchen Heimaufsicht kann gegenwärtig aber keine Rede sein.

Theoretisch könnten die untergebrachten Flüchtlinge mit einer Beschwerde beim Amt eine Kontrolle veranlassen. Doch da die Flüchtlinge sich in der Regel auf dem deutschen Rechtsweg nicht auskennen, nicht wissen, was ihnen bei einer ordnungsgemäßen Unterkunft zusteht, welche Standards gelten, beschweren die sich praktisch kaum. Und ehrenamtliche HelferInnen, die sich beschweren könnten, lassen die FluchtgewinnlerInnen eben draußen vor.

So wird es auch weiterhin heißen: Solange der Senat beim LAGeSo nicht für eine neue Aufstellung sorgt, das geplante Landesamt für Flüchtlinge nicht tatsächlich effizient arbeiten kann, bleibt das derzeit herrschende Chaos eine Einladung an die ProfiteurInnen der Not.

DETLEF FRITZ

Erfolgsgeschichte Willkommensklassen?

Integration durch Sprache

Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel zur Integration und Integration funktioniert zu einem sehr großen Teil über Sprache. Diese Binsenweisheiten versucht die Politik im Bereich Flüchtlingskinder in die Praxis umzusetzen: Bundesweit wurden bisher mehr als 8200 spezielle Sprachklassen für etwa 196 000 SchülerInnen ohne deutsche Sprachkenntnisse eingerichtet, auch in Berlin wurden allein zu Beginn des aktuellen Schuljahres 100 neue so genannte Willkommensklassen – offiziell „Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse“ – geschaffen und 95 neue LehrerInnen extra dafür eingestellt. Damit ist die Zahl innerhalb von vier Jahren seit der Einführung auf 535 Klassen mit 493 LehrerInnen gewachsen, unterrichtet wurden darin zu Schuljahresbeginn 5727 schulpflichtige Kinder. Sie sollen hier zunächst Deutsch auf Unterrichtsniveau lernen, Ziel ist der Wechsel in eine Regelklasse, das die etwa 3000 Kinder der Willkommensklassen des Jahres 2014 laut Bildungsverwaltung bereits erreicht haben. Die Neuankommlinge werden dabei zwar getrennt von den anderen SchülerInnen unterrichtet, allerdings in Räumlichkeiten der normalen Schulen, so dass in den Pausen auch Kontakte geschaffen und Freundschaften wachsen können. Und: Willkommensklassen sind keine reinen Flüchtlingsklassen, hier werden auch „normal“ eingewanderte Kinder unterrichtet.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Doch so neu ist die Idee dieser Form der Integration von Kindern und Jugendlichen durch Spracherwerb nicht: Bereits 1971 gab es in Berlin spezielle Sprachförderklassen, damals „Ausländerklassen“ genannt. Sie

waren vor allem für die vielen neuen SchülerInnen aus der Türkei gedacht, die innerhalb von ein bis zwei Jahren auf den Regelunterricht vorbereitet werden sollten. Besonders erfolgreich waren sie jedoch nicht, viele Schülerinnen schafften den Sprung ins deutsche Schulsystem nicht. Nach massiver Kritik von vielen Seiten, gerade diese Klassen seien mitverantwortlich für die gescheiterten Bildungskarrieren vieler MigrantInnen und würden eine ethnische Trennung im Schulsystem und somit in den Köpfen von Kindern verankern, und jahrzehntelangen mäßig erfolgreichen Reformversuchen wurden sie schließlich 2007 wieder abgeschafft. Zugezogene Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse sollten nun durch den Besuch des Regelunterrichts und zusätzliche Deutschkurse am Nachmittag besser integriert werden.

Gerade mal vier Jahre später erfolgte dann zum Schuljahr 2011/2012 die Kehrtwende durch Wiedereinführung der nun Willkommensklassen genannten speziellen Sprachlerngruppen mit der Begründung, durch die hohe Zahl der Zuzüge von SchülerInnen ohne Deutschkenntnisse sei in immer mehr Klassen der reguläre Unterricht fast nicht mehr zu leisten.

Pädagogisch wertvoll oder nicht?

Da Bildung hierzulande Ländersache ist, können die Bundesländer selbst entscheiden, wie sie die Vorgabe der UN-Kinderrechtskonvention auf uneingeschränkten Zugang zum Bildungswesen des Asyllandes umsetzen. Dementsprechend gibt es unterschiedliche Ansätze. In den meisten Ländern lernen die Neuankommlinge zunächst in speziellen Vorbereitungsklassen Deutsch, oft

unterrichtet von Ehrenamtlichen, pensionierten oder angehenden LehrerInnen – doch die Kritik an diesem Konzept wächst zusehends. So nehmen zugewanderte Kinder etwa in Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen von Anfang an am Regelunterricht teil. Dabei verstehen sie zwar zunächst kaum etwas vom Unterricht, doch wird dabei der passive Wortschatz frühzeitig gefördert und durch den ständigen Kontakt mit deutschsprachigen Kindern der Spracherwerb ebenfalls deutlich unterstützt. Ergänzend dazu gibt es z.B. ausdifferenzierte Sprachförderkurse für schnell oder langsam lernende Kinder oder Sprachlernpatenschaften mit deutschen SchülerInnen.

Die zuständige Senatsverwaltung für Bildung bietet zahlreiche Informationen zur schulischen Sprachförderung und hat einen „Leitfaden zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in die Kindertagesförderung und die Schule“ erarbeitet: www.gruenlink.de/12s0.

Stefanie Remlinger stellt regelmäßig Anfragen zu den Willkommensklassen, dem aktuellen Stand bei SchülerInnen, Lehrkräften und Finanzierung. Die Antworten der Senatsverwaltung sind auf ihrer Webseite abrufbar: www.gruenlink.de/12s1.



Kinder auf dem Weg in die Schule
Foto: luminaimages

Auch wenn die Umsetzung des Konzepts der Willkommensklassen in Berlin offenbar ohne größere Pannen verläuft und es bereits von vielen Seiten Lob dafür gab, so gibt es auch weiterhin deutliche grundsätzliche Kritik daran, ein Berliner Bildungsforscher sprach vor Kurzem gar von „Verzweiflungsklassen“.

In dem Fachgespräch „Willkommensklassen: Bestmöglicher Start in die Schule? Pädagogik, Ausstattung, Inhalte“ der Grünen Abgeordneten Stefanie Remlinger und Susanna Kahlefeld wurden bereits Anfang 2014 die Vor- und Nachteile beider Ansätze diskutiert und das Fazit gezogen, die Kinder nur so

lange wie dringend notwendig in separaten Klassen zu unterrichten und sie so schnell wie möglich in den Regelunterricht zu integrieren. Dabei sollten die Kinder nicht allein nach ihren Deutschkenntnissen beurteilt werden, sondern auch ihre anderen Fähigkeiten anerkannt und gefördert werden.

Willkommensklassen: bisher nur Note 3

Ende des letzten Schuljahres vergab die bildungspolitische Sprecherin der Grünen Abgeordnetenhausfraktion Stefanie Remlinger für die Arbeit der zuständigen Bildungssenatorin Sandra Scheeres im Bereich Will-

kommensklassen nur die Note 3 – befriedigend. „Sandra Scheeres hat das Thema zwar verstanden und sich bemüht, für Kinder von Geflüchteten Personal und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Wegen der Raumknappheit ist dieser Erfolg jedoch in Gefahr. Die Senatorin muss zudem aufpassen, dass die Kinder nicht zu lange in dieser Beschulungsform gefangen bleiben.“

Angesichts der wachsenden Zahl der betroffenen Kinder ohne Deutschkenntnisse und Schulen, die Sprachlerngruppen für sie einrichten, braucht es darüber hinaus dringend ein durchdachtes Konzept, wie ausreichend Kompetenzen für den Unterricht für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) an den Berliner Schulen dauerhaft verankert werden kann. Ähnliche Forderungen kamen auch beim Grünen Bildungskongress „Gute Schule 2030“ Ende September von VertreterInnen von Gewerkschaften und Landeselternausschuss: mehr Unterstützung und Fortbildungen für die LehrerInnen, reguläre Beschäftigungsverhältnisse für das DaZ-Lehrpersonal statt befristeter Verträge, Rekrutierung von mehr qualifizierten Fachkräften statt ReferendarInnen, QuereinsteigerInnen oder Ehrenamtlichen, Öffnung dieses Bereichs für die DaZ-Lehrkräfte der Volkshochschulen.

Dies alles muss schnell geschehen und darf nicht im politischen Kleinklein oder bürokratischen Fallstricken hängenbleiben – sowohl Kinder als auch Lehrkräfte brauchen hier eine deutlich bessere Perspektive als sie die jetzige Senatspolitik bietet.

ANNETTE HEPPLE

Terrorismusbekämpfung

Lücken im System

In Paris starben am 13. November bei einer Anschlagserie islamistischer Terroristen über 130 Menschen, London ist immer wieder Schauplatz von Attentaten, in Berlin findet die Polizei bei etlichen Razzien Indizien für geplante Anschläge. Zwischen 100 und 200 „GefährderInnen“ sollen sich in der Stadt aufhalten, andere Zahlen sprechen von bis zu 340 gewaltbereiten SalafistInnen. PolitikerInnen der großen Koalition wollen auf Bundesebene mit Vorratsdatenspeicherung und dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren die Sicherheit erhöhen. Frank Henkel, Berlins CDU-Innensenator, räumt derweil ein: Gegen einen zu allem entschlossenen Terroristen hätte ein Schutzpolizist keine Chance.

Mit blinder Datensammelwut wird man die Sicherheit vor Terroranschlägen kaum erhöhen, meint Benedikt Lux, im Abgeordnetenhaus für die Grünen Sprecher für Innenpolitik und Datenschutz. Der Einsatz – unbewaffneter – Bundeswehrangehöriger zum Schutz der Bevölkerung sei zwar vorstellbar, aber nicht notwendig. Auf diesem Gebiet arbeiten zivile Organisationen wie das Technische Hilfswerk schließlich nicht minder effizient. Und trotz knapper Personaldecke: Schutzpolizei und Sondereinsatzkommando SEK ließen TerroristInnen auch bei einem größeren Anschlag kaum eine Chance auf „Erfolg“ und Entkommen. Dennoch: Natürlich ist die Stadt verwundbar. Um die Polizei bei der Terrorabwehr zu stärken, so Lux, braucht es jedoch keine neuen Gesetze, sondern Maßnahmen, die sie schneller und wirkungsvoller machen.

Die Hauptstadt bleibt allein auf sich gestellt

Zum Beispiel: Das SEK bräuchte bei einem Einsatz die Unterstützung der GSG 9, der Eliteeinheit der Bundespolizei. Das Problem: Deren SpezialistInnen sind in Sankt Augustin bei Bonn stationiert, benötigen zwei Stunden, um eingeflogen zu werden. Die Forderung, zumindest einen Teil der GSG 9 in das Berliner Umland zu verlegen, wurde bisher überhört.

Unterstützung der Hauptstadt durch den Bund ist ohnehin ein heikles Thema. Den Schutz von Staatsbesuchen und internationalen Konferenzen muss die Berliner Polizei weitgehend alleine stemmen. Dazu ist Berlin auch ohne Großereignisse als Anschlagziel für TerroristInnen interessanter als eine andere beliebige deutsche Stadt. Logisch wäre, dass sich die Bundesregierung an den Kosten der Hauptstadt-Sicherheit angemessen beteiligt. Davon kann aber keine Rede sein.

Mit dem Verweis auf die mangelnde Hilfe vom Bund kann der Senat nach Meinung von Benedikt Lux die Lücken im System der Berliner Sicherheit aber nicht entschuldigen. Die Ursachen etlicher Pannen, Fehlschläge und Beinahe-Katastrophen sind weitgehend hausgemacht.

Wie etwa die, die sich im September in Spandau ereignete: Ein Islamist greift auf offener Straße mit einem Messer eine Polizistin an, wird zwar überwältigt – doch die Beamtin schwer verletzt. Diese Verletzung stammt allerdings vom Schuss eines Kollegen. Das ist erschreckend, aber nicht verwunderlich. Der Zustand der Berliner Schießplätze ist so marode, dass ein Polizist, eine Polizistin dort vielleicht einmal im Jahr üben kann. Theoretisch sollten WaffenträgerInnen drei mal im Jahr zum Schießtraining. Ein ordentliches Waffentrai-

ning gibt es in Berlin nicht.

Probleme mit der digitalen Technik

Ein realistisches Szenario: Auf einem Platz werden zwei Bomben gefunden. Die zwei Bombenentschärfungsroboter der Berliner Polizei sind nun keine Hilfe. Die Fernsteuerung des einen funktioniert nämlich analog, die des anderen digital. Werden beide zusammen eingesetzt, blockieren sich die Fernsteuerungen gegenseitig.

Die Probleme der Berliner Verwaltung mit digitaler Technologie schlagen bei der Polizei voll durch. Der digitale Polizeifunk etwa ist nicht in der ganzen Stadt empfangbar – bei einem Einsatz in der U-Bahn



Die Schutzpolizei: Täglich gefordert, aber mit der Terrorbekämpfung überfordert
Foto: Sebastian Rittau
CC BY 2.0

Islamistischer Extremismus in Zahlen

In Berlin ist das salafistische Netzwerk, aus dem auch die meisten islamistischen TerroristInnen stammen, laut Verfassungsschutzbericht von 500 im Jahr 2013 auf nun 660 Angehörige gewachsen. Davon gelten

340 als gewaltorientiert. Die – verbotene – islamistische Hizb ut-Tahir, die auch gewaltsam ein weltweites Kalifat errichten will, kommt auf 95 AnhängerInnen. Die islamistische wie türkisch-nationalistische Milli-Görüş-Bewegung zählt 500 Mitglieder.

wären die BeamtInnen auf ihre Handys angewiesen.

Terroristen-Gelder fließen ungehindert

Gravierende Mängel gibt es auch im Vorfeld, bei der Attentats-Verhinderung, der Eindämmung islamistischer Propaganda. Selbst die bestausgestattete Polizei könnte nie alle potenziellen GefährderInnen lückenlos überwachen, aber schon mit der Ausweisung ausländischer HasspredigerInnen – nach dem Ausländerrecht bereits im Verdachtsfall einer Straftat möglich – tun sich die Behörden schwer. Auch beim Kappen der dem Terrorismus dienenden Finanzströme wird der rechtliche Rahmen nicht ausgeschöpft, bemängelt

Kriminalität getroffen würde, bleibt weitgehend ungenutzt.

Ob das Verbot eines mit dem Terrorismus sympathisierenden Moschee-Vereins, der sich regelmäßig Hassprediger einlädt, sicherheitspolitisch sinnvoll ist oder nicht, müsse man im Einzelfall genau überlegen, meint Benedikt Lux: Um das Geld der ExtremistInnen abzuschöpfen, sei ein Vereinsverbot aber allemal tauglich.

Zwei Behörden sind in Berlin derzeit mit der Beobachtung der GefährderInnen-Szene befasst: das Landeskriminalamt und der Verfassungsschutz. Beide lieferten auch wichtige Erkenntnisse. Trotzdem müsse man mittelfristig über neue Strukturen nachdenken, fragen, ob nicht eine zuständige Behörde effektiver arbeiten könnte, meint der grüne Sicherheitsexperte. Die Idee: Das Landesamt für Verfassungsschutz wird zumindest teilweise in das Landeskriminalamt überführt. Das LKA hat schließlich einen klareren, auf die Verhinderung und die Aufklärung von Straftaten gerichteten Auftrag, ist für die politischen Kontrollinstanzen deutlich transparenter.

Aber ginge dann nicht manche Information verloren? Das fürchtet Benedikt Lux nicht. Die Erfahrung habe gezeigt: Zum Kampf gegen den Rechtsextremismus steuerten engagierte BürgerInnen mehr Erkenntnisse bei als die beruflich damit befassten VerfassungsschützerInnen. Ähnliches könnte eine wachsame Zivilgesellschaft, die die demokratischen islamischen Organisationen eingebunden hat, auch im Kampf gegen den islamistischen Extremismus leisten.

The Culture of Fear

Angst essen Verstand auf

Seit dem Erscheinen im Jahr 1999 ist „The Culture of Fear – Why Americans are afraid of the wrong things“ des Soziologen Barry Glassner in der mittlerweile zehnten Auflage ein Bestseller in den USA. Das Phänomen, das er auf über 300 Seiten untersucht, ist jedoch ein globales und auch hierzulande leider wohl bekanntes. Und sein Buch ein weiterer Beleg für das, was es akribisch belegt kritisiert, denn geändert hat es nichts: vorhandene, öffentlich für alle zugängliche Fakten werden ignoriert zugunsten von Vorurteilen, Ahnungen, Bauchgefühlen; spektakuläre Einzelfälle und ergreifende Anekdoten treten an die Stelle von wissenschaftlichen Erkenntnissen und überprüfbareren Belegen; ganze Menschengruppen werden als von Natur aus gefährlich dargestellt und kollektiv zum Feindbild stilisiert, gegen das es sich zu wehren gilt. Kurz: Wie mit diffusen Ängsten statt mit konkreten Fakten Politik gemacht wird. Noch kürzer: AfD, Pegida & Co.

Und nur wenig eignet sich besser als Nährboden für diese Art von Politik wie die Angst vor Terrorismus, aktuell insbesondere islamistischem Terrorismus, den angeblich Flüchtlinge massenhaft ins Land tragen. Vor dem Hintergrund der weltweiten terroristischen Entwicklung nicht erst seit 9/11 und gerade der jüngsten Anschläge in Paris ist solche Angst zwar nachvollziehbar und auch nicht gänzlich unberechtigt. Sie für die eigene politische Agenda der Ausgrenzung von bestimmten Menschengruppen zu instrumentalisieren, ist jedoch nicht akzeptabel. Allerdings können populistische Parteien und Bewegungen eigentlich gar nicht anders, denn ihre schiefe Existenz und ihr Erfolg sind direkt abhängig von einer Überdimensionierung von Ängsten,



Karikatur: Götz Wiedenroth

Spätschicht in der Einsatzleitstelle

unabhängig von deren jeweiliger Berechtigung oder Absurdität. Ohne würden sie sehr schnell an Zulauf verlieren und in der Bedeutungslosigkeit versinken.

Zwei Seiten einer Medaille

Selbiges gilt übrigens auch für terroristische Gruppen – Terrorismus ist eine Kommunikationsstrategie, die ohne Angst nicht funktionieren würde. Ob eine Bedrohung tatsächlich existiert, ist für ihren Erfolg eher zweitrangig, wichtig ist vor allem die Angst davor. Der mediale Alarmismus eines wachsenden Teils einer primär an Einschaltquoten, Auflagen-

und Klickzahlen orientierten Medienlandschaft trägt viel dazu bei, dass Angstmechanismen in relevantem Umfang greifen können und differenzierte Auseinandersetzungen mit und Debatten über ein angstbesetztes Thema erschwert oder gar verhindert werden.

Die entscheidende politische und gesellschaftliche Frage ist somit, wie mit diesen Ängsten umgegangen wird: mit weiterer Angstmacherei und Hysterie, die den fatalen Kreislauf weiter antreiben, oder mit einem rationalen ehrlichen Blick auf die Fakten und einer an Humanität und Menschenrechten

orientierten Flüchtlingspolitik.

Von den 32 685 Todesopfern durch Terrorismus 2014 weltweit entfielen übrigens gerade mal 0,1 % auf die so genannten westlichen Staaten, 99,9 % auf den Rest der Welt. Auch nach den Anschlägen von Paris wird sich diese Relation für 2015 nur unwesentlich verändern. Und die meisten Opfer des islamistischen Terrors, vor dem hierzulande von PopulistInnen so gerne die Angst geschürt wird, sind MuslimInnen in überwiegend muslimischen Ländern wie Irak, Nigeria, Afghanistan, Pakistan und Syrien, aus denen sie zu uns fliehen.

ANNETTE HEPPPEL

Vorratsdatenspeicherung in Zeiten des Terrors

Freiheit verteidigen!

Auf die furchtbaren Terroranschläge von Paris reagierte die Politik teilweise unreflektiert und ziellos. Schnell erschallte der Ruf nach mehr Überwachung, etwa nach der Speicherung von Kommunikationsdaten – der Vorratsdatenspeicherung. Forscher der TU Darmstadt haben jedoch herausgefunden, dass die Vorratsdatenspeicherung ungeeignet ist, terroristische Anschläge zu verhindern. Viele Experten, wie zum Beispiel Bruce Schneier, einer der weltweit anerkanntesten Sicherheitsexperten, sehen keinen Gegensatz zwischen Sicherheit und dem Schutz der Privatsphäre.

Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung

Das Thema Vorratsspeicherung geht zurück bis ins Jahr 1983, als das Bundesverfassungsgericht im „Volkszählungsurteil“ das Recht der BürgerInnen auf „informationelle Selbstbestimmung“ als Grundrecht anerkannt hat. 2002 setzte auch die EU mit ihrer Richtlinie zum Schutz der Privatsphäre noch auf den Datenschutz. Dies änderte sich nach den Terroranschlägen 2004 in Madrid und 2005 in London. Die Vorratsdatenspeicherung wurde 2006 in einer neuen EU-Richtlinie beschlossen. Deutschland setzte 2008 diese Richtlinie um. 2010 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Gesetz für unvereinbar mit dem Grundgesetz, da dieses „nachhaltige Einschüchterungseffekte auf die Freiheitswahrnehmung“ habe. Im April 2014 kippt der Europäische Gerichtshof die EU-Richtlinie, da sie mit der Charta der EU-Grundrechte unvereinbar ist.

Trotz einer erdrückenden Faktenlage hat der Bundestag am 16. Oktober 2015 wieder für die anlasslose Vorratsdatenspeicherung gestimmt. Nach den

vernichtenden Gerichtsurteilen haben sie das Gesetz „nachgebessert“, so dass es mit Ach und Krach rechtsstaatlich sein soll.

In Frankreich dürfen Verbindungsdaten zwölf Monate lang gespeichert werden – die Terroranschläge hat das nicht verhindern können. Dennoch ist eine Verschärfung des Überwachungsgesetzes geplant. Seit 9/11 wurde nicht nur in den USA die Überwachung der BürgerInnen massiv ausgebaut. Der Geheimdienstverbund Five Eyes hat das Internet in einem zuvor nicht für möglich gehaltenen Maß ausspioniert.

Falsche Antwort auf die Strategie des Schreckens

Terrorismus nimmt unschuldige Opfer nicht nur in Kauf. Die TerroristInnen nutzen den Tod Unschuldiger als Mittel, um Angst zu erzeugen, das Denken zu besetzen und dadurch Veränderungsprozesse zu erzwingen. Eine permanente Terrorangst sehen sie als Treibstoff für Abschottung und Rassismus. Der Abbau von Freiheiten wäre genau der Veränderungsprozess, den die TerroristInnen herbeizubomben versuchen.

Das vom Grundgesetz geschützte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Menschenwürde sichert jedem Einzelnen einen autonomen Bereich privater Lebensgestaltung, in dem sie oder er seine Individualität entwickeln und wahren kann. Hierzu gehört auch das Recht, in diesem Bereich „für sich zu sein“, „sich selber zu gehören“, ein Eindringen oder einen Einblick durch andere auszuschließen. Genau gegen diese Freiheitsrechte ziehen die TerroristInnen zu Felde. Ein Grund mehr, sie offensiv zu verteidigen.

HERBERT NEBEL

Pflegestreik

„Mehr von uns ist besser für alle!“

Gestreikt wird hierzulande immer wieder und in allen möglichen Branchen, in der Regel für mehr Lohn oder Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir sind an Streiks und die teilweise damit verbundenen Einschränkungen gewöhnt, sie gehören quasi zum Alltag und sind nichts Besonderes. Dass eine Berufsgruppe für mehr KollegInnen die Arbeit niederlegt, ist hingegen die Ausnahme. Genau dies taten die Pflegekräfte der Berliner Charité im vergangenen Jahr, denn in ihrem Fall geht es nicht nur um eine Reduzierung der Arbeitsbelastung, sondern es kann eine Frage von Leben und Tod sein.

Kostendruck auf Kosten der Gesundheit

Die „Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen“ der Bundesministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Gesundheit erklärt in Artikel 4: „Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht auf eine an seinem persönlichen Bedarf ausgerichtete, gesundheitsfördernde und qualifizierte Pflege, Betreuung und Behandlung.“ Doch in den wenigsten westlichen Industriestaaten arbeiten Pflegekräfte unter so viel Druck wie in Deutschland, in keinem anderen europäischen Land ist das Verhältnis von KrankenhauspatientInnen und Pflegepersonal so schlecht wie hier: Durchschnittlich versorgt hier eine Pflegekraft 10,3 PatientInnen – in Norwegen nur 3,8. Für die Grundversorgung der PatientInnen bleibt da nur wenig Zeit, immer wieder machen Medienberichte über schlechte Zustände auf Pflegestationen die Runde. Systematische Studien aus dem angelsächsischen Raum belegen zudem seit langem die steigende Gefahr von Todes-

fällen durch großen Zeitdruck und zu wenig Personal.

Pflegefall Charité

Nach mehrjährigen erfolgreichen Verhandlungen über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen war für die mehr als 4.000 Schwestern und Pfleger an der Berliner Charité im April 2015 das Maß voll und sie traten in den bundesweit ersten Warnstreik an einem Krankenhaus für mehr Personal. Der Aufruf dazu richtete sich an alle Beschäftigten, Hauptziel war die deutliche Verbesserung des Personalschlüssels.

Unterstützung erhielten die Streikenden auch von den am direktesten davon Betroffenen – PatientInnen und Angehörigen, die Druck und Zeitmangel der Pflegekräfte wortwörtlich am eigenen Leib miterleben. Die Patientenbeauftragte des Landes Berlin Karin Stötzner befürwortete den Streik ebenfalls: „Heilung kann nur durch Zuwendung gelingen, dazu aber fehlt die Zeit.“ Und auch die Ärztekammer Berlin unterstützte die Forderung nach Mindeststandards in der Personalbemessung: „Die Fallpauschalensystem-Einführung und die rasant fortschreitende Ökonomisierung in den Krankenhäusern haben besonders im Pflegebereich der Krankenhäuser zu systematischen und dramatischen Personalreduzierungen geführt, die auch die Ärzteschaft mit großer Sorge erfüllen müssen.“ Selbst der Vorstand der Charité hatte erklärt, bei ausreichender Finanzierung durch die Krankenkassen sofort mehr Pflegekräfte einzustellen, doch das Budget gebe das nicht her, so Charité-Chef Einhäuptl. Eigentlich waren sich also alle Beteiligten einig – der Haken ist jedoch das Finanzierungssystem im Gesundheitswesen.

4,9 Mio Menschen arbeiten im Gesundheitswesen, 1,1 Mio in den bundesweit etwa 2000 Krankenhäusern, davon ca. 410 000 im Pflegebereich auf ca. 310.000 Vollzeitstellen. Seit 1996 wurden über 40 000 Pflegestellen abgebaut, nach Berechnungen von ver.di fehlen derzeit mindestens 70 000 Stellen.

Aktuelles rund um das Thema Pflegepolitik und Pflegestreik gibt es online beim „Bündnis Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“ unter www.mehr-krankenhauspersonal.de, auf Twitter unter @pflgestreik bzw. #Pflgestreik und auf Facebook unter www.fb.com/pflgestreik.

Foto: Photographee.eu



An der Charité kam es nach einem zehntägigen Streik und monatelangen Verhandlungen dann kurz vor Weihnachten zu einer ersten Einigung im Bezug auf die Besetzung der Intensivstationen: Statt bisher bis zu fünf soll eine Pflegekraft nun im Schnitt zwei, höchstens drei PatientInnen pro Schicht versorgen müssen. Ob es für Normalstationen ebenfalls einen festen Personalschlüssel geben soll, wird noch verhandelt. Angesichts des Fachkräftemangels in Krankenhäusern hat dieser Abschluss bundesweite Signalwirkung. Am Grundproblem des primär profitorientierten Finanzierungssystems jedoch ändert es nichts.

Prämisse Profitorientierung im Gesundheitswesen

Die Krankenhausfinanzierung basiert hierzulande auf zwei Säulen: Die Krankenkassen zahlen für die Behandlungen nach dem sogenannten Fallpauschalensystem (Diagnosis Related Groups/DRG/diagnosebezogene Fallgruppen) und sollen so die Betriebskosten der Krankenhäuser für Personal, Medikamente und Energie decken. Investitionen in Bauten und Technik werden von Ländern und Kommunen auf der Basis der jeweiligen Krankenhauspläne bezahlt.

Ab 1992 wurde der Bedarf an Pflegekräften in Krankenhäusern auf der Grundlage der sog. Pflegepersonalregelung berechnet. Damit sollte der Pflegenotstand behoben werden, doch bereits 1997 wurde das Instrument wieder abgeschafft. Begründung: Die Krankenhäuser sollten mehr unternehmerischen Spielraum bekommen, um die Konkurrenz im Gesundheitssystem anzutreiben. Hinzu kam ab 2002 das DRG, nach dem Krankenhäuser je nach

Diagnose einen festen Betrag erhalten – unabhängig davon, welche Kosten die Behandlung der PatientInnen tatsächlich verursacht. Dies verschärfte die Konkurrenz unter den Krankenhäusern und den Kostendruck zusätzlich: Je billiger eine Behandlung real durchgeführt wird, desto höher der Ertrag.

Aufwertung tut not

Die Berliner Zeitung zählte Pflegeberufe kürzlich zu den sechs sichersten Jobs der Zukunft mit sehr guter Perspektive – wobei sie in der Auflistung das geringste Gehaltsniveau aufwies. Obwohl es wegen des steigenden Durchschnittsalters mehr Bedarf an Pflegekräften gibt, mangelt es aufgrund von hoher Arbeitsbelastung und schlechter Bezahlung an Nachwuchs. Viele qualifizierte Kräfte sind in den letzten Jahren auch nach Skandinavien ausgewandert – der Monatslohn ist dort im Schnitt um 1000 € höher.

Die Notwendigkeit einer stärkeren Qualifizierung und Aufwertung – nicht nur bei der Entlohnung – von Gesundheitsberufen wurde auch im Rahmen des ersten Berliner Gesundheitsberufetags, der auf Einladung der Grünen Abgeordnetenhausfraktion kurz vor dem Streik an der Charité stattfand, ebenso immer wieder thematisiert wie die Forderung nach einer Berliner Pflegekammer zur besseren Vertretung dieser Berufsgruppe in den Gremien des Gesundheitswesens. Nur dann wird es auf Dauer auch gelingen, ausreichend Fachkräfte für diesen wichtigen Berufszweig zu gewinnen. Davon hängt nicht zuletzt die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitssystems in einer alternden Gesellschaft ab.

ANNETTE HEPPEL

Gemeinnützig bauen

Neue Anreize für den sozialen Wohnungsbau schaffen

Wie bekommen wir schnell günstigen Wohnraum? Wie kurbelt man den sozialen Wohnungsbau wieder an? Das ist die Gretchenfrage, vor der auch das Land Berlin im Jahr 2016 steht. Denn die vielen Geflüchteten, die jetzt eine Bleibe in der Stadt brauchen, machen den riesigen Mangel an günstigen Wohnraum nur noch dramatischer. Ein bis jetzt noch nicht genutztes Instrument, um den Neubau von Wohnungen sozial zu gestalten, wäre die Gemeinnützigkeit.

Der Mangel an günstigem Wohnraum kam weder über Nacht noch überraschend. Im letzten Jahrzehnt sind bundesweit fast eine Millionen Sozial-

wohnungen verloren gegangen. 2002 war die Zeit, in der in Berlin gespart werden sollte, bis es quietscht. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gehörten in Teilen zum Tafelsilber, das Berlin verkaufte, um seine Schulden in den Griff zu bekommen. Außerdem stieg Berlin komplett aus der sozialen Wohnungsbauförderung aus.

Das war eine extrem kurz-sichtige Politik, denn die Mietpreisbindung der meisten sozial geförderten Wohnungen läuft nach 15 bis 30 Jahren aus. Pro Jahr gehen in Deutschland so 60 000 Sozialwohnungen verloren. Damit war die Wohnungskrise für Menschen mit

niedrigem Einkommen programmiert – auch wenn kein einziger Flüchtling gekommen wäre.

Luxuswohnungen bringen mehr Profit

Neue Sozialwohnungen kommen momentan nur durch Neubau auf den Markt. In den Ballungsräumen sind nur wenige Bauträger daran interessiert, günstige Wohnungen zu bauen. In Berlin bauen die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften seit 2014 zwar wieder neu. Sie schaffen jedoch derzeit nur 2000 bis 3000 Wohnungen pro Jahr. Und der Senat hat die Förderung von neuen Sozialwohnungen bei 3000 pro Jahr angesetzt. Die herkömmlichen Immobiliengesellschaften verdienen sowieso am Bau von Luxuswohnungen mehr.

Es gibt folglich kaum Träger für den sozialen Bauboom, den es jetzt geben muss. Und hier kommt das Förderinstrument der neuen Wohnungsgemein-

Eine andere Hürde für günstiges soziales Bauen haben wir mit grüner Hilfe von allen politischen Ebenen beseitigt. Im Herbst 2015 hat der Finanzausschuss des Bundesrates beschlossen, dass das Dragonerareal in Kreuzberg – eine Immobilie des Bundes – nicht meistbietend verkauft werden darf.

Jahrelanger Protest, eine klare Verhandlungsstrategie des Bezirkes und am Ende das Stimmverhalten der grün mitregierten Länder im Bundesrat haben das geschafft. Jetzt gilt nicht mehr der Höchstpreis im Bieterverfahren, sondern der gutachterlich ermittelte Verkehrswert minus 25 000 Euro Abschlag pro Sozialwohnung.

nützigkeit ins Spiel. Gemeinnützigkeit kennt man als Begriff vor allem aus dem Steuerrecht. Wenn beispielsweise ein Verein als gemeinnützig anerkannt ist, muss er deutlich weniger Steuern zahlen. Die Idee der Wohnungsgemeinnützigkeit ist, dass der Bauträger sich verpflichtet, die Wohnung dauerhaft sozial gebunden zu vermieten. Dafür erhält er spürbare steuerliche Erleichterungen.

Vielfältiger Markt unterschiedlicher Bauträger

Mit dem steuerlichen Anreiz der Gemeinnützigkeit könnte man öffentliche wie private Wohnungsbaugesellschaften dafür gewinnen, dauerhaft sozial gebundene Wohnungen zu bauen. Doch auch Bauvereine, Stiftungen, Kirchen oder Privatpersonen könnten Häuser als gemeinnützig anmelden und davon steuerlich profitieren. Damit würde ein vielfältiger Markt von unterschiedlichen Bauträgern aktiviert.

Die Wohnungsgemeinnützigkeit wäre aber auch ein hervorragendes Instrument, um ein Sofortprogramm für Sozialwohnungen auf die Beine zu stellen. Sie ließe sich nämlich auch für die Umnutzung von vorhandenem Raum

beantragen: Beispielsweise für Büroraum, der in Wohnraum umgewandelt und dann dauerhaft an betroffene Gruppen wie Flüchtlinge oder Alleinerziehende, Menschen mit niedrigem Einkommen oder kinderreiche Familien vermietet wird.

Keine Ghettos für die sozial Schwachen

Wohnungsgemeinnützigkeit ließe sich sogar für einzelne Wohnungen in Gebäudekomplexen denken – so dass sie sehr geeignet wäre, um die soziale Mischung in Wohnbaugebieten zu fördern. Denn wir wollen keine Ghettos nur für Arme oder Armutsgefährdete. Für die gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen wie auch anderen Menschen mit wenig Geld ist eine soziale Mischung in den Wohngebieten das Beste.

Wohnungsgemeinnützigkeit ist prinzipiell nichts Neues in Deutschland. Es gab sie schon einmal fast 60 Jahre lang. Bis 1989 – da wurde sie im Zuge des Korruptionsskandals um die gewerkschaftliche Baugenossenschaft „Neue Heimat“ abgeschafft. Aber in unseren Nachbarländern existiert die Wohnungsgemeinnützigkeit fort: In den Niederlanden wohnt jeder dritte Haushalt in einer Wohnung, die von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften gebaut wurde.

Wohnungsgemeinnützigkeit neu betrachtet

Auch deshalb hat die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen eine Studie bei Jan Kuhnert von der KUB Kommunal- und Unternehmensberatung in Auftrag gegeben, um die Rahmenbedingungen für eine mögliche Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit in Deutschland zu klären.

Ergebnisse der Studie sind unter anderem: Damit sich so etwas wie der „Neue Heimat Skandal“ nicht wiederholt, braucht es eine bundesweite Kontrollinstanz und mehr Mietermitbestimmung. Um den EU-Regeln zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrung gerecht zu werden, muss sehr genau festgelegt sein, an welche Zielgruppen mit welchem Einkommen in welcher sozialen Mischung vermietet werden soll. Insgesamt sei das Förderinstrument der Wohnungsgemeinnützigkeit aber sehr geeignet, um den derzeitigen Wohnungsnotstand energisch anzugehen.

Der CDU fehlt der politische Wille

Nichts spricht also prinzipiell gegen eine schnelle Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit – außer der fehlende politische Wille. Denn die aktuellen Pläne beispielsweise von Finanzminister Wolfgang Schäuble sehen anders aus: Er will eine generelle steuerliche Förderung des Wohnungsbaus. Dabei unterscheidet er nicht einmal zwischen Standard- und Luxuswohnung – beide werden gleichermaßen subventioniert.

Damit gehört diese Sonderabschreibung in die Reihe jener Unions-Subventionen, die vor allem denjenigen nützen, die es am wenigsten brauchen. Dagegen werden wir Grünen entschieden kämpfen. Denn mit der Wohnungsgemeinnützigkeit haben wir jetzt eine ganz praktische Lösung an der Hand, um vielfältiges soziales Bauen zu fördern. Eine Lösung, die sich auch mit anderen Förderprogrammen – wie das der KfW für energieeffizientes Bauen – kombinieren lassen sollte.

LISA PAUS
MdB



Das Dragoner-Areal in Kreuzberg – ein Beispiel, wie der Verkauf an Höchstbietende unterbunden werden kann.
Foto: Beek100/Wikimedia
CC BY-SA 3.0

Der lange Kampf für einen demokratischen Gedenktag

Heraus zum 18. März!

„Lassen Sie mich das als ehemalige Lehrerin sagen: Mit Lob erreicht man mehr als mit Tadel. Und deshalb ist es wichtig, dass wir uns zur Stärkung der Demokratie an die positiven Daten in der deutschen Geschichte erinnern!“ So Hanna-Renate Laurien, ehemalige Präsidentin des Abgeordnetenhauses, am 18. März 2008 auf der Gedenkstunde für die Märzgefallenen. Seit 1998 veranstaltet die „Aktion 18. März“ jährlich um 15 Uhr auf dem „Platz des 18. März“ vor dem Brandenburger Tor diese Gedenkstunde und anschließend gibt es um 17 Uhr eine Kranzniederlegung auf dem Friedhof der Märzgefallenen.

Die Bürgerinitiative „Aktion 18. März“ wurde 1978 unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Heinrich Albertz und der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz als „Aktion 18. März – Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten“ gegründet. Sie forderte, dass sich beide deutsche Staaten auf ihre gemeinsame demokratische Geschichte besinnen sollten. Im Westen sollte der 18. März den 17. Juni ablösen, den Tag des Volksaufstandes in der DDR, im Osten den 7. Oktober, den Gründungstag der DDR. Nach der Wiedervereinigung wurde der 03. Oktober zum nationalen Gedenktag – aber die Forderung, nach einem Nationalfeiertag 18. März bleibt.

Grüne unterstützen Aktion 18. März von Anfang an

Die Gründung der Alternativen Liste (AL), heute Bündnis 90/Die Grünen, und die Gründung der „Aktion 18. März“ fanden zeitgleich statt. Von Anbeginn unterstützte die AL die Bürgerinitiative. Unter maßgeblicher Beteiligung von Alice Ströver, langjährige grüne Abgeordnete

und Vorsitzende des Kulturausschusses, wurde ein interfraktioneller Antrag im Abgeordnetenhaus verabschiedet, der den Senat aufforderte, sich im Bundesrat für den 18. März als Gedenktag einzusetzen. Michael Cramer, damals grünes Mitglied im Abgeordnetenhaus, heute grüner Europaparlamentarier, forderte, dass sich der Bundestag diesem Antrag anschließen solle. Der grüne Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wieland setzte sich im Bundestag für einen solchen Antrag ein. Er scheiterte am Widerstand der FDP- und der Unionsfraktion.

Es gab weitere prominente Unterstützer: Der Historiker und Sohn von Willy Brandt, Peter Brandt, Norbert Lammert, Winfried Kretschmann und Hans Jochen Vogel forderten gemeinsam mit der Aktion 18. März den Bundespräsidenten Gauck auf, den 18. März von sich aus als Gedenktag zu verkünden. Das wollte Joachim Gauck nicht tun. Aber er ließ wissen, dass er sich einem einstimmigen Votum des Bundestages nicht verschließen würde. Nun kommt es darauf, alle Fraktionen für einen parteiübergreifenden Antrag zu gewinnen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Eva Högl, veranlasste, dass die Sache „auf höchster Ebene im Ältestenrat des Deutschen Bundestages“ besprochen wurde. Wegen Widerstand von CSU Abgeordneten kam kein Antrag zustande. Das ist erstaunlich; denn Gerda Hasselfeldt unterstützt die Idee und die Landesvertretung des Freistaates Bayern schickte einen Kranz zur Gedenkstunde.

Im Parlament für einen Gedenktag kämpfen ist das Eine. Das Andere ist: auf der Straße Flagge zeigen für demokratische Tradition und revolutionären Geist. Deshalb: kommt alle zur

Gedenkstunde am **18. März um 15 Uhr** auf den **Platz des 18. März** vor dem Brandenburger Tor und um **17 Uhr** zur **Kranzniederlegung** auf den **Friedhof der Märzgefallenen**. Tun wir etwas dafür, den Geist des Völkerfrühlings und der Märzrevolution in die Herzen und Köpfe der Menschen zu tragen.

VOLKER SCHRÖDER
AKTION 18. MÄRZ

WWW.MAERZREVOLUTION.DE

VOLKER.SCHROEDER@MAERZREVOLUTION.DE

Die Aktion 18. März hat immer großen Wert auf Überparteilichkeit gelegt. Zur Gedenkstunde am 18. März 2013 kamen und sprachen (von links) Wolfgang Wieland, Bündnis 90/Grüne; Petra Pau, Linke; Wolfgang Börsen, CDU; Walter Momper, SPD. Rechts im Bild: der Bezirksbürgermeister von Mitte Dr. Christian Hanke, der traditionell das erste Wort hat.
Foto: Renate Hupfeld



Als Infomobil dient zu den Märzfeierlichkeiten stets der BMW V8, mit dem 1981 die ersten Abgeordneten der AL zum Schöneberger Rathaus gefahren wurden. Am 18. März zieren vier Flaggen den Wagen: zwei aus dem Land des ausländischen Gastredners (hier Etienne Francoise) und zwei Schwarz-Rot-Gold. Schwarz-Rot-Gold hat seinen Ursprung in der 48er Revolution.

Foto: Dieter Krolkowski

Alle im Bundestag vertretenen Parteien schicken Kränze zum Platz des 18. März. 2015 kamen 23 Kränze. Unter Anderen schickten Kränze: der Bundestagspräsident, sieben Bundesländer und vier Berliner Bezirke.
Foto: Dieter Krolkowski



Historischer Hintergrund

Trotz alledem

So wichtig es ist, an die Naziverbrechen und das Unregime der DDR zu erinnern: Es darf nicht vergessen werden, dass es auch in Deutschland eine Zeit gab, in der für Freiheit und Demokratie gekämpft wurde.

Der 18. März ist eines der bedeutendsten Daten in der Demokratiegeschichte Deutschlands. Am 18. März 1848 kapitulierte das Militär des preussischen Königs vor den Kämpfern für Freiheit und Demokratie. König Friedrich Wilhelm IV. musste seinen Hut vor den Toten ziehen, die in blumengeschmückten Särgen vor das Schloss getragen

wurden. Ohne die Kämpfe am 18. März hätte es keinen 18. Mai gegeben, der Tag, an dem die Nationalversammlung in der Paulskirche zusammentrat. Die Märzrevolution war Teil einer europaweiten Bewegung gegen Fürstenwillkür und Absolutismus. Paris, Wien, Budapest, Mailand sind als Orte bekannt, der Italiener Garibaldi und der Pole Mieroslawski stehen als Namen für den europäischen Charakter der Revolution. In den USA sind die Fortyeighers hochangesehen, allen voran Carl Schurz. Die Epoche vor und um 1848 ist als Völkerfrühling bekannt. Der 18. März ist ein Symbol für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Das Datum 18. März 1848 steht stellvertretend für den 27. Mai (Hambacher Fest 1832), den 18. Mai (Frankfurter Paulskirche 1848), den 27. Dezember (Verabschiedung der Grundrechte 1848) und die vielen Ereignisse der Revolution in Baden 1848/49. Der Revolutionsdichter Ferdinand Freiligrath hat den Geist dieser Zeit zusammengefasst: „Es kommt dazu trotz alledem, dass rings der Mensch die Bruderhand dem Menschen reicht“ und „Wir sind das Volk, die Menschheit wir“. Mit dem Wunsch, den 18. März zum Gedenktag zu erklären, soll an diesen Geist angeknüpft werden.

Dass der 18. März 1990 der Tag der ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR war, unterstreicht die historische Bedeutung dieses Datums als Gedenktag für Demokratie und Freiheit.

Ein Gedenktag verändert nicht die Welt, aber Symbole haben ihren Wert. Der 18. März steht für Freiheit und Demokratie, Völkerfreundschaft und internationale Solidarität.

Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ des Abgeordnetenhauses

Mit neuer Energie zu einer neuen Klimapolitik

Als der Energie-Volksentscheid im November 2013 denkbar knapp scheiterte, ließen sich daraus zwei Schlüsse ziehen: der Senat hat für seine Klima- und Energiepolitik keine Mehrheit und der mit dem Volksbegehren formulierte Wille darf von der Politik nicht einfach ignoriert werden. Auf Initiative der Grünen richtete das Abgeordnetenhaus daraufhin die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ ein. Der Kommission gehörten neben elf Abgeordneten aller Fraktionen auch fünf externe Sachverständige an.

Nach anderthalb Jahren intensiver Arbeit legte die Kommission im November 2015 ihren Abschlussbericht vor. Bemerkenswert ist daran, dass sich in vielen Bereichen grüne Inhalte und Forderungen durchsetzten. Noch bemerkenswerter: fast alle Empfehlungen des Berichts wurden einstimmig verabschiedet. Die Enquete hat damit klar die Linien einer zukunftsfähigen Klimapolitik für Berlin skizziert. Zu diesen gehören unter anderem:

- Ein starkes Stadtwerk und, soweit sinnvoll, rekommunalisierte Netze
- Energetische Sanierung voranbringen und sozial gestalten
- Kohleausstieg in Berlin bis spätestens 2030 umsetzen
- Energiewirtschaftliche Investitionen mit klimapolitischem Nutzen

Eine zentrale Forderung von uns Grünen ist ein starkes Klimaschutzstadtwerk für Berlin, das als wesentlicher Akteur zur Energiewende in Berlin beiträgt. Dies hat auch die Enquete-Kommission erkannt und schlägt vor, die Berliner Stadtwerke auszubauen und mit

einem mindestens zweistelligen Millionen-Etat auszustatten. Die Kommissions-Mehrheit war sich auch einig, dafür die rechtlichen Grundlagen des Stadtwerks zu ändern. Ein gestärktes Stadtwerk könnte als 100 Prozent landeseigenes Unternehmen dann die energetische Modernisierung des öffentlichen Gebäudebestands vorantreiben und beispielsweise öffentliche Dach- und Freiflächen für Solaranlagen zur Verfügung stellen.

Bei den Energienetzen empfiehlt die Enquete-Kommission die Rekommunalisierung des Stromnetzes und eine Beteiligung der Bürgerenergiegenossenschaften. Eine vollständige Übernahme des Gasnetzes soll unter der Bedingung erfolgen, dass „der Kaufpreis nicht den Ertragswert übersteigt, den es im Falle einer konsequenten Klimapolitik noch hätte“. Angesichts dieser Empfehlungen ist das Handeln des Berliner Senates umso unverständlicher, der statt der federführenden und gestaltenden Beteiligung des Landes lieber eine 50/50-Aufteilung des Stromnetzes zwischen Berlin und Vattenfall anstrebt. Auch beim Gasnetz will der Senat mit E.ON gemeinsame Sache machen. Mit fossilen Energiesaurieren wie Vattenfall und E.ON wird es aber keine großen Anstrengungen zum dezentralen und erneuerbaren Ausbau der Netze geben.

Energetische Modernisierung sozial gestalten

Der größte Teil des Energiebedarfs und der Emissionen entsteht in einer Stadt wie Berlin im Gebäudebereich, derzeit rund 47 % der Gesamtemissionen. Die energetische Sanierungsrate von momentan 1 % pro Jahr muss deutlich gesteigert werden, damit auch der Gebäudebestand



Die Welt hat Fieber.
Illustration: Kalle Erlacher

Die beiden Autoren waren in der Arbeit der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ intensiv eingebunden: Dr. Stefan Taschner, Sprecher des Berliner Energietisches, war vom Abgeordnetenhaus berufenes sachverständiges Mitglied der Kommission. Dr.

Tobias Jentsch war Referent der Grünen Fraktion für die Kommission und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Jochen Esser, MdA.

Der Abschlussbericht der Kommission ist online abrufbar unter

www.gruenlink.de/12s4, doch bereits kurz darauf fällt der Senat mit der Entscheidung zur Kooperation des Landes mit Eon und Vattenfall einen der Kommissions-Empfehlung gegenläufigen Beschluss: www.gruenlink.de/12s5.

seinen Beitrag zu einem klimaneutralen Berlin leistet. Dass die Enquete sogar behutsames Ordnungsrecht für die energetische Modernisierung im Bestand vorsieht, ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt. Gleichzeitig betont die Kommission – ebenso wie wir Grünen – dass Modernisierung klimapolitisch ambitioniert und sozial gestaltet werden müssen. Modernisierungsmaßnahmen sollten dabei nicht gesondert, sondern eingebettet in systematische Sanierungs- und Wärmefahrpläne durchgeführt werden.

Ein klimaneutrales Berlin muss auf fossile Brennstoffe verzichten. Besonders die Kohle muss schnellstmöglich aus dem Energiemix verschwinden. In der Enquete-Kommission konnten wir den Anspruch durchsetzen, dass spätestens 2030 der komplette Ausstieg aus der Kohle vollzogen sein muss. Die energetische Nutzung von Braunkohle in Berliner Kraftwerken soll sogar innerhalb der nächsten fünf Jahre beendet sein. Damit hat Berlin den ambitioniertesten Kohleausstiegsplan aller Bundesländer. Dieser muss jetzt umgesetzt werden. Es ist ein ermutigendes Signal, dass die Enquete außerdem neue Braunkohletagebaue in Brandenburg ablehnt. Mittels der Gemeinsamen Landesplanung (GL) müssen die Planungen für Welzow II Süd und Jänschwalde Nord gestoppt werden, wie es auch die Landtagsfraktionen der Berliner und Brandenburger Grünen vorschlagen. Der Berliner Senat muss hier endlich seiner Verantwortung gerecht werden und das Mittel der GL nutzen. Insbesondere bei dem 2016 neu zu erstellen Landesentwicklungsplan muss dies deutlich werden.

Weniger Emissionen sind am besten mit mehr Investitionen

zu bekommen, so eine zentrale Erkenntnis der Enquete-Kommission. Berlins Beitrag zur Energiewende werden nicht die großen Freiflächen für Windparks sein. Aber Berlin kann zeigen, dass viele andere Bereiche erneuerbarer Energien, eine Digitalisierung der Energiewende und innovative Unternehmensgründungen die energie- und wirtschaftspolitische Zukunft für unsere Stadt sein können. Immer mehr junge Unternehmen siedeln sich in Berlin an und entwickeln vielfältige Lösungen für eine erneuerbare, dezentrale Energieversorgung. Mit Investitionen an den richtigen Stellen könnte Berlin international zum Vorreiter im Klimaschutz werden und gleichzeitig neue Wirtschaftszweige entwickeln.

Berlins Fahrplan in eine saubere Zukunft

Die Enquete-Kommission hat einen klaren Fahrplan für Berlins Weg in eine post-fossile, erneuerbare Energiewendewelt vorgelegt. Sie benennt nicht nur deutlich die Handlungsfelder und Lösungen, sondern beschreibt auch die dazu notwendigen Institutionen und Veränderungen in der Exekutive. Die Arbeit dazu könnte schon heute beginnen, gäbe es nicht den amtierenden Senat, der auf die klimapolitische Bremse tritt. Im Parlament hatte Michael Schäfer für die Grünen noch dafür geworben, der Enquete-Bericht gehöre „nicht ins Regal, sondern in den Mittelpunkt einer Investitions- und Wirtschaftsstrategie für Berlin“. Umso wichtiger ist es, dass wir Grüne in diesem Jahr bei diesem Thema nicht locker lassen und in der nächsten Legislaturperiode den Bericht ins Zentrum unserer Aktivitäten stellen.

STEFAN TASCHNER,
TOBIAS JENTSCH

#LMV15

Die Basis hat das Wort

Bei der Landesmitgliederversammlung im März wird die grüne Landesliste aufgestellt. Abstimmen können alle Berliner Grünen, die auch bei der Abgeordnetenhauswahl wahlberechtigt sind. Die Versammlung ist aber nur beschlussfähig, wenn mindestens 750 Mitglieder anwesend sind.

Jetzt hat die grüne Basis das Wort: Am 12. März 2015 stellen wir unsere Landesliste für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus auf. Bei den meisten anderen Parteien wird diese Aufgabe von Delegierten übernommen. Bei Bündnis 90/Die Grünen Berlin werden die Kandidatinnen und Kandidaten von einer Landesmitgliederversammlung (LMV) gewählt. Hier können alle Mitglieder mitentscheiden.

Wir brauchen Euch alle

Wir rufen deshalb alle Berliner Grünen auf, bei unserer LMV am 12. März 2015 im Kosmos dabei zu sein. Damit dieser Parteitag Beschlüsse fassen und wirklich wählen kann, müssen laut unserer Satzung 15 Prozent der grünen Mitglieder in Berlin anwesend sein. Das sind nach heutigem Stand 765 Grüne. Euch erwartet ein Tag mit tollen Bewerberinnen und Bewerbern und vielen spannenden Entscheidungen (bei der letzten LMV kam es bei einem Wahlgang auf die sprichwörtlich einzelne Stimme an). Also kommt vorbei, wir und die Kandidierenden zählen auf Euch!

Die Landesliste entscheidet

Die grüne Landesliste hat entscheidenden Einfluss darauf, wer bei den Wahlen am 18. September 2016 als Mitglied der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen ins Berliner Abgeordnetenhaus einziehen wird. Bei

der letzten Berlin-Wahl waren 17,6 Prozent der Zweitstimmen für 29 von 149 Parlamentssitzen gut. Am Ende hängt die Zusammensetzung der Fraktion allerdings nicht ausschließlich von einer Listenwahl ab: 2011 konnten elf Grüne die meisten Erststimmen in ihrem Wahlkreis auf sich vereinen und direkt ins Abgeordnetenhaus einziehen. Über diese Direktkandidatinnen und -kandidaten entscheidet die Kreismitgliederversammlung in den jeweiligen Bezirken, bevor die Landesliste aufgestellt wird.

Grüne Regeln

Auch bei der Landesliste gilt die grüne Regel: mindestens die Hälfte der Macht für die Frauen! Quotiert wird, indem alle ungeraden Listenplätze (also der 1., 3., 5. usw.) für Frauen reserviert sind, während die geraden Plätze (der 2., 4., 6. usw.) auch Männern offen stehen. So stellen wir sicher, dass auch die nächste grüne Fraktion mindestens zur Hälfte weiblich ist.

Eine weitere grüne Besonderheit ist die so genannte Neuenquote: Auf unserer Landesliste ist jeder dritte Platz Kandidatinnen und Kandidaten vorbehalten, die zum Zeitpunkt ihrer Nominierung noch kein Abgeordnetenmandat oder Regierungsamt innehatten. Das heißt, dass jede neue Fraktion mindestens zu einem Drittel aus neuen Mitgliedern besteht.

Aber die wichtigste Regel lautet: Ihr allein entscheidet, wer Eure Stimme bekommt! Dafür müsst Ihr lediglich bei unserer LMV am 12. März im Kosmos dabei sein. Nutzt Euer Recht und entscheidet mit, wer die Berliner Grünen im nächsten Berliner Abgeordnetenhaus vertritt. Wir freuen uns auf Euch!

BETTINA JARASCH UND DANIEL WESENER
LANDESVORSITZENDE

WAS?

Landesmitgliederversammlung zur Aufstellung der KandidatInnen für die Abgeordnetenhauswahl

WER?

Alle grünen Mitglieder in Berlin

WANN?

Am 12. März 2016

WO?

**Kosmos
Karl-Marx-Allee 131a
10243 Berlin-Mitte**

Berlin-Konferenz zeigt neue Wege

Berlin gemeinsam gestalten

Was bewegt Berlin, was sind die Potenziale und welche Ideen gibt es für eine lebendige, weltoffene und nachhaltig wachsende Metropole? Diese Fragen haben wir, die Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus, am 28. November auf der Berlin-Konferenz mit rund 350 Gästen diskutiert. Es war überwältigend, wie viele gute Ideen und welches Engagement es für unsere Stadt gibt – das haben die drei Podiumsdiskussionen zu Teilhabe, Toleranz und grünem Wirtschaftswachstum sowie der „Market Place“ mit vielen Berliner Initiativen, Verbänden und Unternehmen gezeigt.

Wir sind beeindruckt von den zahlreichen „Berlin-MacherInnen“, die ihre Ideen vorgestellt haben und – mit der Stadt, für die Stadt – einfach loslegen und gestalten, trotz rot-schwarzer Blockadepolitik. Dafür steht etwa Andreas Krüger, Geschäftsführer der Belius Stiftung, der das Aufbau-Haus am Moritzplatz mit auf die Beine gestellt hat, in dem eine ganze Reihe von kreativen Unternehmen aus dem Kulturbereich eine Heimat gefunden hat. Er macht sich Gedanken, wie eine moderne Stadt aussehen kann. Oder Milena Glimbovski, die in Berlin mit „Original Unverpackt“ den ersten Supermarkt

ohne Einwegverpackungen ins Leben gerufen hat. Inspirierend war der Vortrag der Intendantin des Maxim Gorki Theaters, Shermin Langhoff, die mit Blick auf das Wahlrecht und das Kriterium der Staatsbürgerschaft Teilhabemöglichkeiten für ALLE BerlinerInnen anmahnte.

Auch der so genannte Market Place, der zwischen den Panels stattfand, diente als Ideenschmiede für ein nachhaltigeres, weltoffeneres und partizipativeres Berlin. Auf dem grünen Marktplatz stellten AkteurInnen der Stadtgesellschaft sich, ihre Initiativen und Projekte vor. Darüber hinaus erörterten hier unsere Abgeordneten mit den Gästen grüne Kernfragen und Ideen für ein starkes Berlin. Es kamen viele gute Vorschläge zusammen, wie wir Berlin voranbringen können. Diese Ideen wollen

wir weiter diskutieren und in unsere grüne Politik aufnehmen.

Die Berlin-Konferenz ist für uns Ausdruck eines bestehenden und fortzuführenden Dialogs mit der Stadtgesellschaft. Er unterstützt uns dabei, die Probleme und Kernaufgaben in Berlin herauszufinden und gemeinsam an ihrer Lösung zu arbeiten.

JULIAN MIETH
PRESSEPRECHER DER FRAKTION

Weitere Infos, Fotos und Videos online unter: gruenlink.de/12hs

Rege Beteiligung bei der Berlin-Konferenz
Foto: Julian Mieth



Intendantin des Maxim Gorki Theater, Shermin Langhoff, und Handwerkskammer-Präsident Stefan Schwarz (v.l.n.r.)
Foto: Inga Kier

Links-unten: Grünen-Fraktionsvorsitzende Ramona Pop und Berlins DGB-Vizechef Christian Hoßbach
Foto: Inga Kjer



Charlottenburg-Wilmersdorf

Neue Stadträume schaffen

Geht das? Eine Kreuzung rückbauen – und so einen Stadtraum reparieren, ihm seine „emotionale Mitte“ zurückgeben und gleich noch einen Park wiedervereinen? Die Grüne Stadtteilgruppe in Schmargendorf/Wilmersdorf-Südwest hat dazu an einer ganz konkreten Kreuzung ein Konzept: Aufhebung eines Stückes der Uhlandstraße, um der „Wilmersdorfer Mitte“ rund um Dorfaue, Volkspark, Kirche und Schloesschen wieder eine „Fassung“ zu geben.

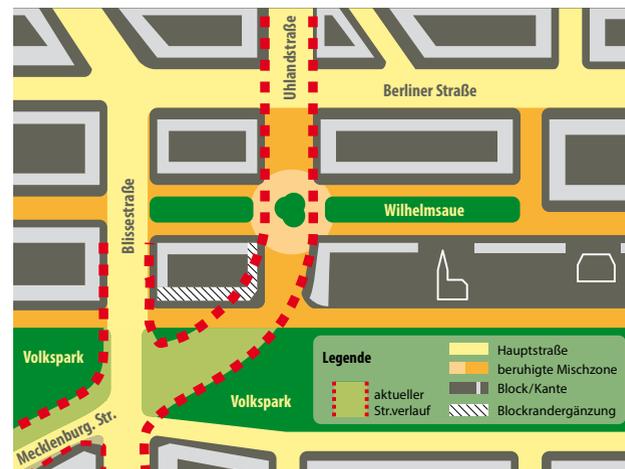
So wie an der Kreuzung Uhland-, Blisse- und Mecklenburgische Straße gibt es überall in Berlin Planungssünden der „autogerechten Stadt“: überdimensionierte Straßen, Vorbehaltsflächen für Projekte – geplant für eine Zukunft mit Automassen, wie sie so nie eintreffen wird.

Erobern wir diese Räume „Scheibe für Scheibe“ zurück – für Wohnen, Arbeiten, Grün

und Freizeit. Berlin braucht sie – und zwar besser innen als am Stadtrand! Nutzen wir die „verschenkten“ Räume in der urbanen Innenstadt!

Der kleine Eingriff in der „Wilmersdorfer Mitte“ birgt große Chancen: Sogar für Wohnungsbau in bevorzugter Lage (auf ökologische Qualität und soziale Mischung werden wir achten), der Park wächst zusammen, der „Dorfkern“ an der Wilhelmsäue mit Eiche, Kirche und Schlösschen wird wieder zur erlebbaren Einheit (zur Zeit Restflächen mit Solitären und verkehrsumbraustem Baum).

Im Umkreis gibt es ähnliche Initiativen, die BI Bundesplatz ist davon die bekannteste. Diese Initiativen müssen vernetzt gedacht werden. Nur das Einfordern einer großräumigen Neuordnung und Reduzierung der Verkehrsströme wird all diese kleinräumigen Probleme lösen können.



Grafik: Matthias Reich

Am Sonnabend, dem 27. Februar, werden wir unser Konzept um 10 Uhr 30 in einer Bürgerveranstaltung im Eva-Kino (Blissestr. 18, U 7 Blissestr.) der Öffentlichkeit erstmals präsentieren. Wer Interesse hat, ist herzlich eingeladen!

MATTHIAS REICH

DIPL.-ING. STADT- UND REGIONALPLANER
MATTHIAS.REICH@GRUENE-CW.DE

Tempelhof-Schöneberg

Sichere Wege für die Kinder

Die Ampel zeigt Rot, doch weil die Kinder die Straße in einem Stück überqueren wollen, laufen sie von der Mittelinsel noch einmal auf die Fahrbahn: Am Attila-Platz nahe der Paul-Klee-Grundschule ist das alltäglich. Bei einer Straßenaktion gaben wir den Menschen die Gelegenheit, ihre Beinaheunfälle und Gefahrensituationen auf einem Plan einzutragen. Im Vordergrund standen immer wieder: die zu kurze Grünphase, die den Platz überquerenden Schulkinder. Als Ergebnis dieser Aktion brachte unsere Fraktion gegen Ende des Jahres in die Tempelhof-Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung

den Antrag ein: Wir brauchen am Attila-Platz für die FußgängerInnen längere Grünphasen.

Das Thema Schulwegsicherheit ist auf Landesebene eher ein saisonales Thema, dem immer zur Einschulung besondere Bedeutung beigemessen wird. Dabei gehören Kinder ständig zu den schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen, die mit ihrer geringeren Größe ein anderes Sichtfeld als Erwachsene haben, denen die Erfahrung fehlt, Gefahren realistisch einzuschätzen. Darum gehen wir die Schulwegsicherheit als Ganz-Jahres-Thema an, haben damit einiges bewegt.

Seit zwei Jahren wirbt die Schulverwaltung zur Teilnahme an der Aktion „Zu Fuß zur Schule“. Das geht auf eine grüne Initiative zurück, die dann zu einem BVV-Beschluss führte. Die Gesamtelternvertretung der Ruppiner-Grundschule forderte einen Zebrastreifen über die Offenbacher Straße. Wir brachten das in die BVV ein, der Zebrastreifen wurde von der Verkehrslenkung Berlin genehmigt. Nach und nach wollen wir so alle Schulwege unter die Lupe nehmen.

Welche Probleme bei der Schulwegsicherheit anzupacken sind, wissen am besten die Eltern. Themen, die bei einer

Reinickendorf

Nachhaltig und energieeffizient Bauen

Mit einer großen Anfrage zum nachhaltigen und energieeffizienten Bauen in Reinickendorf hat die grüne BVV-Fraktion erneut ein wichtiges Thema der kommunalen Daseinsvorsorge aufgegriffen. Um die Ziele der Bundesregierung im Rahmen der Energiewende im Gebäudebereich nicht zu gefährden, müssen im Bezirk bei eigenen Bau- und Modernisierungsvorhaben aber auch im Rahmen der Beratungspraxis gegenüber anderen Bauherren erhebliche Anstrengungen unternommen werden. Andreas Rietz, bau- und schulpolitischer Sprecher der Fraktion, macht deutlich: „Als Modellvorhaben für energieeffiziente und nachhaltige Planung wäre der in Reinickendorf-Ost dringend notwendige Neubau einer Grundschule hervorragend geeignet. Im Sinne einer ganzheitlichen Nachhaltigkeit könnten hier neben dem Erreichen hoher energetischer Standards auch weitere Qualitäten, wie Gestaltung,

Funktionalität, Barrierefreiheit und Umweltverträglichkeit umgesetzt werden.“

Nach Auffassung der Grünen bleibt hier trotz der Reduzierung des Energiehaushalts der bezirklichen Liegenschaften um über 22 % in den letzten Jahren und des verstärkten Einsatzes von Gebäudeleittechnik noch deutlich Luft nach oben, wie der BVV-Verordnete Holger Lütge darstellt: „Die Umstellung alter Heizungsanlagen auf effiziente Gasbrennwertkessel ist sicher ein erster wichtiger Schritt, aber erst der weitgehende Ersatz fossiler Energieträger durch regenerative Energien ist langfristig nachhaltig. So stellt sich auch die Frage, warum nicht häufiger die Chance genutzt wurde, bei der Sanierung der Dächer diese nicht nur zu dämmen, sondern auch zu begrünen und mit Solarpanels zu bestücken. Das wäre nachhaltig und zugleich ein Beitrag für ein besseres Stadtklima.“



Das Infrarotbild eines Hauses zeigt, wo wieviel Wärme nach außen dringt.
Foto: Ivan Smuk

Seit langem fordern die Grünen, dass das bezirkliche Bauberatungszentrum seine Möglichkeiten effektiver nutzen soll, private Bauherren zum Thema energetisch und nachhaltig Bauen und Modernisieren zu informieren, da ohne Einbeziehung des privaten Hauseigentums die ambitionierten Klimaziele nicht zu erreichen sind.

ANDREAS RIETZ
BVV-FRAKTION

Veranstaltung unserer Ortsgruppe Friedenau angesprochen wurden: Das hohe Elterntaxi-Aufkommen vor den Grundschulen, das die Kinder, die zu Fuß unterwegs sind, behindert, Auto- und RadfahrerInnen, die in den verkehrsberuhigten Bereichen zu schnell sind, zugeparkte Ecken, die vor allem den kleinen FußgängerInnen die Sicht nehmen. Das sind die Themen, die wir nun mit Lösungsvorschlägen angehen wollen.

ANNABELLE WOLFSTURM

Zusätzliche Fußgängerüberwege machen den Weg zur Schule sicherer.
Foto: pedrosala



Kleine Konferenz

Zusammen sind wir groß

Über 5000 Mitglieder hat der Berliner Landesverband der Grünen mittlerweile, die sich in 21 LAGen und zwölf Kreisverbänden sehr unterschiedlicher Größe organisieren: Die drei größten Kreisverbände haben zwischen 700 und 900 Mitglieder, der kleinste unter 100. Dies schlägt sich natürlich auch nieder im jeweiligen politischen Gewicht – sowohl nach Außen als auch parteiintern. Damit bei den politischen Debatten und Entscheidungen auch die Stimmen der kleinen Kreisverbände ausreichend Gehör finden, haben einige von ihnen vor knapp vier Jahren beschlossen, ihre Kräfte zu bündeln. Konkreter Anlass dafür war die Wahl zum ersten grünen Parteirat und das Ziel, hier auch die kleinen Kreisverbände personell vertreten zu sehen. Und bereits das erste Vorhaben führte zum Ziel: Alle fünf KandidatInnen aus den fünf beteiligten Kreisverbänden wurden von der LDK gewählt und konnten so garantieren, dass die kleinen Kreisverbände in diesem strategischen



Zusammen mehr erreichen
Foto: McLan2000/CC0

Parteigremium nicht nur „mitgedacht wurden“, wie es oft so schön heißt, sondern auch selbst aktiv mitdenken, mitdiskutieren und mitentscheiden konnten.

Mitglieder der Vorstände und weitere Aktive aus den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Reinickendorf und Treptow-Köpenick treffen sich seitdem mehrmals im Jahr, um Informationen und Erfahrungen

auszutauschen, sich gegenseitig bei Aktionen zu unterstützen, Gesamtberliner grüne Themen zu beraten und bei Bedarf eine gemeinsame Position der kleineren Kreisverbände abzustimmen, die dann in die Parteidebatte eingebracht wird. Ein Manko der kleineren Kreisverbände ist oft unzureichende Infrastruktur und Ressourcen, um ihre jeweiligen Zielgruppen umfassend anzusprechen und auch flächendeckend zu erreichen. Daher gelingt es ihnen auch nur begrenzt, ihr WählerInnenpotential auszuschöpfen. Gleichzeitig liegt in diesen Bezirken wohl das größte Potential für weiteres grünes Wachstum bei Mitgliedern und Wahlergebnissen. Dieses Potential zu heben liegt im Interesse des gesamten Landesverbandes. Es geht somit nicht um eine Konkurrenz zwischen kleineren und größeren Kreisverbänden, sondern um ein gemeinsames Ziel – unsere Position in der Berliner Politik insgesamt zu verbessern.

ANNETTE HEPPPEL,
HEINER VON MARSCHALL

Steglitz-Zehlendorf

Flüchtlinge wollen arbeiten

Zusammen mit der Hoffnung auf ein sicheres und besseres Leben bringen die vielen Menschen auf der Flucht ein vielfältiges Potenzial in unsere Stadt mit, um dieses Leben selbst mitzugestalten. Neben dem Spracherwerb bildet der Zugang zum Arbeitsmarkt eine der wesentlichen Grundlagen auf ein selbstbestimmtes Leben. Nach der geänderten gesetzlichen Regelung vom November 2014 dürfen Flüchtlinge bereits drei Monate nach der Stellung des Asylgesuchs arbeiten. Jedoch erschweren die momentan allzu lange Wartezeiten beim Asylverfahren und die weiterhin

bestehende Vorrangprüfung diese Möglichkeit. Erschwerend kommt hinzu, dass die Beratungs- und Begleitungsangebote vielfach untereinander nicht koordiniert werden oder ihre Zielgruppen schlicht nicht erreichen.

Auf Antrag der Grünen Fraktion Steglitz-Zehlendorf hat das Bezirksamt Kontakt mit der Ausbildungs- und Berufsinitiative für geflüchtete Menschen Arrivo. Das Ergebnis war die erste Beratungs- und Jobbörse in Berlin, die zusammen mit dem bezirklichen Jobcenter am 12. November 2015 im Rathaus Zehlendorf organisiert wurde. Mit einem Paket von

qualitativen Jobangeboten und unterstützt vom Gemeindedolmetscherdienst wurden fast 300 geflüchtete Menschen in deutscher und ihrer eigenen Sprache begrüßt, von MitarbeiterInnen des Jobcenters beraten; einige von ihnen konnten bereits weitere Termine im Hinblick auf eine Arbeitsaufnahme vereinbaren. Besonders groß war das Interesse für die Zulassungsbedingungen an den Berliner Universitäten; insbesondere für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) hat das Studienkolleg der TU informiert und Flyer für eine individuelle Beratung verteilt.

Neukölln

Das Weigandufer wird Fahrradstraße

Neukölln ist für RadlerInnen kein schönes Pflaster: überfüllte Hauptverkehrsadern ohne Radstreifen, schadhafte oder zugeparkte Radwege in den Nebenstraßen, viel Kopfsteinpflaster, zu wenige Stellplätze an zentralen Umsteigepunkten zum ÖPNV und dem Neuköllner Bezirksamt lässt sich auch keine besonders ausgeprägte Fahrradverkehrsnähe nachsagen – und das bei seit Jahren kontinuierlich steigendem Radverkehr im Bezirk. Dieser Entwicklung sollte auch in der Infrastruktur Rechnung getragen und mehr Raum für Fahrräder geschaffen werden. Die Grüne BVV-Fraktion setzt sich seit langem mit Anfragen und Anträgen in der BVV für Verbesserungen zugunsten des Radverkehrs ein, im November 2015 wurde auf ihren Antrag hin die Prüfung eines Teils der Weserstraße als Fahrradstraße beschlossen.

In Fahrradstraßen hat der Radverkehr Vorrang gegenüber dem Kfz-Verkehr, der dort höchstens

30 km/h fahren darf. Bisher zeigte die rot-schwarze Zählgemeinschaft keine ausgeprägte Sympathie für dieses verkehrspolitische Instrument, doch Anfang Januar stimmte der Verkehrsausschuss überraschend für die Annahme eines Piratenantrags, das Weigandufer zur Fahrradstraße zu machen. Dies ist umso bemerkenswerter, als der selbe Ausschuss diesen Antrag noch letzten Herbst mit rot-schwarzer Mehrheit abgelehnt hatte. Nach vielen Beschwerden aus der radelnden Bevölkerung überwies die BVV den Antrag jedoch wieder zurück in den Ausschuss.

Zu verdanken ist dies auch dem 2015 gegründeten „Netzwerk Fahrradfreundliches Neukölln“, das sich für Infrastrukturverbesserungen und stärkere Berücksichtigung des Radverkehrs in der Bezirkspolitik einsetzt. Auch die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung der AnwohnerInnen durch das Netzwerk trug viel dazu bei, den politischen



Freie Fahrt für RadfahrerInnen
am Weigandufer
Foto: Kryvenok Anastasiia

Druck auf SPD- und CDU-Fraktion in der BVV ausreichend zu erhöhen: Nach dem einstimmigen Votum im Verkehrsausschuss ist die Zustimmung der BVV selbst quasi nur noch Formsache und Neukölln wird – vorbehaltlich der noch ausstehenden formalen Prüfung durch das Ordnungsamt – nach langem politischen Streit seine erste Fahrradstraße bekommen.

ANNETTE HEPPPEL

Nähere Informationen zum Netzwerk unter
www.fahrradfreundliches-neukoelln.de.

Nach diesem großen Erfolg ist nun das Ziel, die Jobbörse turnusmäßig stattfinden zu lassen und sie gemeinsam mit anderen Bezirken zu erweitern. Über ihre Funktion hinaus ist die Jobbörse ein Zeichen der Anerkennung der neuen Berlinerinnen und Berliner und ein wichtiger Schritt für eine gemeinsame Zukunft.

TONKA WOJAHN
KREISVORSITZENDE STEGLITZ-ZEHLENDORF

Viele Geflüchtete informierten sich auf der ersten Beratungs- und Jobbörse in Berlin.
Foto: Privat



Wohnungs- und Obdachlose brauchen eine Lobby

Mehr Hilfe für die Kältehilfe

Das Winternotprogramm „Kältehilfe“ wurde 1989 ins Leben gerufen. Die Zahl der Menschen, die seitdem jedes Jahr von Anfang November bis Ende März vor dem Kälte-tod bewahrt wurden, lässt sich nur schätzen. Die Kältehilfe startete als Notfallprogramm, weitgehend durch Spenden finanziert und von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen betrieben. Inzwischen muss sie immer häufiger Aufgaben der Regelversorgung von Wohnungs- und Obdachlosen übernehmen.

**Spenden
Sie Wärme**
Berliner Stadtmission
Konto 5444 | Sozialbank
BLZ 100 205 00

Die Berliner Stadtmission, die die Hälfte der Kältehilfeplätze stellt, hatte im letzten Winter etwa elf Prozent mehr Gäste als im Jahr zuvor. Viele Hilfesuchende mussten abgewiesen werden. Besonders dramatisch: Der Grad der Verelendung der Bedürftigen hat deutlich zugenommen. Immer mehr Menschen müssen medizinisch versorgt werden oder leiden an psychischen Erkrankungen. Außerdem hat sich die Gruppe der obdachlosen Menschen stark ausdifferenziert. Immer mehr Betroffene aus anderen EU-Staaten sind auf Hilfe und Obdach angewiesen. Besonders beunruhigend ist die stark steigende Anzahl von Frauen und Familien mit Kindern, die in den Notunterkünften Schutz suchen müssen. Für diese besonders schutzbedürftigen Hilfesuchenden gibt es jedoch viel zu wenig geeignete Plätze.

Zwar hat der Senat eine Erhöhung von 500 auf 700 Notfallschlafplätze zugesagt – zum Vergleich: München hat 1000 Plätze. Angesichts der zuneh-

menden Wohnungsnot reicht das aber nicht. Trotz steigender Wohnungslosigkeit, zunehmender sozialer Ungleichheit und fehlenden Angeboten im Sommer pocht der Senat weiter darauf, dass die Kältehilfe ein Notfallprogramm bleibt.

Staatsekretär Dirk Gerstle (CDU) betonte im zuständigen Ausschuss, man wolle es den Bedürftigen in der Kältehilfe auch nicht zu angenehm machen. Obdachlose sollten Anreize haben, um sich um höherschwellige Angebote zu bemühen. Angesichts der Realität ein zynisches Fazit. In der Krise des Berliner Wohnungsmarktes ist die Kältehilfe längst zur Regelversorgung geworden. Der Senat sollte das endlich anerkennen und das Programm mit ausreichend finanziellen und personellen Mitteln ganzjährig ausstatten.

KATRIN SCHMIDBERGER
MDA, MIETENPOLITISCHE SPRECHERIN

Landesantidiskriminierungsgesetz

Für ein vielfältiges Berlin



Foto: Tania Kolinko

Alle anders, alle gleich
Foto: Presse.Nordelbien/CC BY 2.0

Die Menschenrechte verpflichten uns dazu, die Bürgerinnen und Bürger vor Diskriminierung aufgrund ethnischer und kultureller Herkunft, wegen ihres Geschlechts oder sexuellen Identität, Religion, Alter und körperlichen Befähigungen zu schützen. Seit 2006 können sich Betroffene dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gegen Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche oder im Fitness-Center wehren. Das AGG gilt aber nicht bei Benachteiligungen durch den Staat. Ein Drittel der Fälle, die das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin in den vergangenen Jahren bearbeitet hat, betrafen jedoch den Bildungsbereich sowie Ämter oder Behörden des Landes Berlin.

Wir haben daher ein Landesantidiskriminierungsgesetz erarbeitet, mit dem verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbote in die Praxis umgesetzt werden können. Für Betroffene bedeutet dies, dass sie sich durch anerkannte Verbände unterstützen und vertreten lassen können. Wir geben ihnen klare Ansprüche auf Entschädigung und Schadensersatz an die Hand

und lindern ihre Beweisnot vor Gericht. Wer sich auf sein Recht beruft, nicht diskriminiert zu werden, darf dadurch keine Nachteile erleiden.

Nur wenn die Verwaltung den Schutz vor Diskriminierung in ihren Strukturen und im Umgang mit eigenen Fehlern umsetzt, wird sie den aktuellen Herausforderungen gerecht werden können. Bei Maßnahmen der Verwaltung soll vorab geprüft werden, ob diskriminierende Auswirkungen zu befürchten sind. Die Kompetenz von Verwaltungsangestellten im Umgang mit Vielfalt wollen wir stärken und zum Kriterium für Einstellung und Aufstieg machen. Bei öffentlichen Aufträgen und staatlichen Leistungen sollen die Begünstigten selbst Maßnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen ergreifen. Außerdem braucht es eine von der Verwaltung unabhängige Antidiskriminierungsstelle, die mit klaren Aufgaben und Befugnissen ausgestattet sowie angemessen finanziert ist.

ANJA KOFBINGER
MDA, STELVERTRETENDE
FRAKTIONSVORSITZENDE

Mehr Qualität für Berliner Kitas

Kinder sind Zukunft



Kinder sind die Zukunft unserer Stadt – darauf können sich alle einigen. Aber wenn es konkret wird, zeigen sich Unterschiede: Wir haben uns in den Haushaltsberatungen für die Verbesserung der Kitabetreuung in Berlin eingesetzt. Für uns stehen dabei Qualitätsverbesserungen, mehr Kitaplätze und ausreichend Fachpersonal im Vordergrund. In Berlin muss sich eine Erziehungsperson um sechs Kinder kümmern. Damit hat Berlin bei den unter Dreijährigen einen der schlechtesten Betreuungsschlüssel im bundesweiten Vergleich. Wir wollen den Betreuungsschlüssel in zwei Jahren auf einen Erzieher, eine Erzieherin auf fünf Kinder verbessern.

Unser Druck hat dazu geführt, dass sich die große Koalition unserer Forderung angenähert hat. Weniger erfreulich ist, dass SPD-Fraktionschef Saleh die Kitagebührenfreiheit im Austausch gegen das Sicherheitspaket der CDU durchgedrückt hat. Mittelfristig belastet die Gebührenfreiheit den Haushalt mit mindestens 80 Millionen Euro pro Jahr. Das sind 80 Millionen, die für weitere, dringend nötige Qualitätsverbesserungen in den Kitas nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Und bei der Qualität der Kitas bleibt viel zu tun: Jedes Kind hat ein Recht auf frühkindliche Bildung. Deswegen braucht Berlin dringend 20 000 neue Kitaplätze. Zusätzlich 60 Millionen Euro wollen wir in den Kitaplatzausbau in den nächsten beiden Jahren investieren. Es fehlen jetzt schon 1000 Erzieherinnen und Erzieher und die Zahl steigt weiter an. Mit einem Förderprogramm in Höhe von 20 Millionen Euro wollen wir mindestens 600 zusätzliche Erziehungskräfte ausbilden.

Die Koalition jedoch finanziert lieber die Kitakostenfreiheit, statt in die Qualität zu investieren. Doch wir sind überzeugt: Bei unseren Kindern darf nicht an der Qualität gespart werden. Zumal die Abschaffung der Kitagebühren hauptsächlich gutverdienende Familien entlastet, denn Berlin hat sozial abgestufte Kostenbeiträge. Unser Kitadreiklang heißt: Mehr Qualität, mehr Kitaplätze und mehr Fachpersonal.

MARIANNE BURKERT-EULITZ
MDA, SPRECHERIN FÜR
KINDER, JUGEND UND FAMILIEN
CLARA HERRMANN
MDA, SPRECHERIN FÜR
HAUSHALTPOLITIK

Auf Kosten der Zukunft

Teurer Wahlkampfhaushalt ohne Reformen

SPD und CDU sind tief zerstritten und haben sich ihren faulen Koalitionsfrieden teuer erkaufte. Kitagebührenfreiheit für den SPD-Fraktionsvorsitzenden, Pseudo-Sicherheitspaket für die CDU: Wünsche werden einfach addiert, Reformen Fehlanzeige.

Ja, es gibt endlich wieder finanzielle Spielräume in Berlin. Und zwar Dank einer langen und harten Sparpolitik, die nach der schwarz-roten Skandal-Regierung in Berlin nötig geworden war. Jetzt erleben wir ein typisches Verhalten einer Große Koalition: Die Kassen werden geleert, ein Konsolidierungsbedarf von 350 Millionen Euro der nächsten Regierung vor die Füße gekippt.

Die Haushaltsberatungen waren geprägt von der Frage, wie die Aufnahme und Integration der Menschen gut gelingen kann, die zu uns geflüchtet sind. Die Kosten für Unterbringung und Integration können ohne Steuererhöhungen und neue Schulden im Haushalt bewältigt werden. Es ist keine Flüchtlingskrise und auch kein Haushaltsnotstand, sondern ein Regierungsversagen und eine Verwaltungskrise, die Berlin gerade erlebt.



Dicke Börse, aber dennoch sehr knapp kalkuliert: Der schwarz-rote Haushalt.
Foto: blickpixel/CCO

Grüner Haushalt sieht anders aus

Jedes Schlagloch ist ein Haushaltsloch. Berlins Infrastruktur ist marode. Wir brauchen dringend Sanierung und Ausbau. Wir wollen, dass Krankenhäuser, Schulen, kaputte Radwege saniert werden und zwar ökologisch und nachhaltig. Mit unseren Haushaltsvorschlägen schaffen wir grüne Oasen, pflanzen neue Bäume, fördern grüne Dächer, Innenhöfe und Urban Gardening oder bauen Trinkwasserbrunnen. Wir verbessern den ÖPNV und setzen auf den Ausbau sicherer Radrouten und Radparkhäuser. Wir wollen einen entschlossenen Klimaschutz-Kurs einschlagen, das Klimastadtwerk in den

Mittelpunkt der Energiepolitik stellen, 15 Windräder, zwei große Blockheizkraftwerke bauen und Gebäude energetisch sanieren.

Wir wollen im Doppelhaushalt die Betreuung unserer Kinder verbessern. Für uns stehen dabei Qualitätsverbesserungen, mehr Kitaplätze und ausreichend Fachpersonal im Vordergrund. Wir gründen ein Bündnis Schulbau und schaffen den Einstieg in den Neubau von Schulen.

All das macht Rot-Schwarz nicht. Dieser Haushalt wird mit der nächsten Wahl abgeräumt und das ist auch gut so.

CLARA HERRMANN
MDA, SPRECHERIN FÜR
HAUSHALTSPOLITIK

Fraktion hat Wohnraumversorgungsgesetz zugestimmt

Kompromiss und Verantwortung

Das Berliner Mietenvolksbegehren mit 50 000 Unterschriften im Frühjahr 2015 hat den Senat gezwungen, Verhandlungen mit den InitiatorInnen aufzunehmen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Kern des Volksbegehrens wie der Gespräche: eine finanzielle Unterstützung für MieterInnen von überbelegten Sozialwohnungen, insbesondere in den etwa 85 000 geförderten Wohnungen in Privatbesitz. Sie können nunmehr

bei Vorliegen einer entsprechenden Bedürftigkeit einen Zuschuss von 2,50 Euro pro Quadratmeter und Monat bekommen, quasi ein Sonderwohngeld.

Außerdem sind strengere Regularien für die knapp 300 000 landeseigenen Wohnungen vereinbart worden. Der dritte wichtige Punkt ist die Einrichtung eines Wohnraumförderungsfonds, der nicht nur für Neubau, sondern auch für die Moderni-

sierung von Wohnungen Geld zur Verfügung stellen soll.

Im Anschluss an die Gespräche hat der Senat dem Parlament das Wohnraumversorgungsgesetz vorgelegt, das am 12. November mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen wurde. Bestärkt durch den LDK-Beschluss vom Oktober 2015 hat unsere Fraktion politische Mitverantwortung übernommen. Dafür gibt es drei gute Gründe:



Erstens ist der Inhalt des Gesetzes ein Fortschritt für die SozialmieterInnen. Das Gesetz verpflichtet außerdem die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, mehr für Menschen mit wenig Einkommen zu tun und der neue Wohnraumförderungsfonds bedeutet den Einstieg in die Finanzierung von energetischen Modernisierungen durch das Land Berlin.

48 500 Unterschriften setzten den Senat unter Zugzwang
Foto: Mietenvolksentscheid Berlin/CC BY-NC-ND 2.0

Zweitens können die Verhandlungen von Senat und Initiative ein Modell sein, wie auch künftig ein Interessenausgleich zwischen Regierung und breit getragenen Initiativen stattfinden kann. Es gibt Themen, bei denen die Alternative „alles-oder-nichts“ wenig angemessen ist.

Drittens ist die Frage beantwortet, ob wir als Bündnisgrüne landespolitisch

bedeutsame Kompromisse mittragen wollen und können.

Auch wenn das Gesetz thematische Grenzen hat und wohnungspolitisch noch vieles offen bleibt: Der Mietenkompromiss ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Wohnungspolitik, die sozialem Anspruch gerecht wird und den Themen Ökologie und Nachhaltigkeit verpflichtet ist.

ANDREAS OTTO
MDA, SPRECHER FÜR BAUPOLITIK

Rot-Schwarzes Strafvollzugsgesetz

Wenig Neues in der Knastpolitik

Ein Jahr später als angekündigt hat Senator Heilmann den Entwurf eines „Gesetzes zur Weiterentwicklung des Berliner Strafvollzugs“ vorgelegt. Damit macht Berlin als letztes Bundesland von der Zuständigkeit für den Strafvollzug Gebrauch, die im Jahr 2006 im Zuge der Föderalismusreform vom Bund auf die Länder übergegangen ist.

Der Entwurf bleibt an vielen Stellen hinter dem zurück, was im Strafvollzugsgesetz des Bundes oder anderer Bundesländer Standard war oder ist: Auch wenn der Senat auf die Kritik von AnwältInnen und Sozialverbänden reagiert hat und die Mindestbesuchszeit von einer auf zwei Stunden pro Monat erhöht hat, bleibt der Entwurf damit immer noch hinter dem in Brandenburg geltenden Standard zurück, wo die Gefangenen Anspruch auf mindestens vier Stunden Besuch haben.

Die gesetzliche Regelung sogenannter Langzeitbesuche ist zwar zu begrüßen – wie an vielen anderen Stellen sieht der Entwurf jedoch lediglich eine Ermessensvorschrift („kann“) vor, statt den Gefan-

genen einen durchsetzbaren Anspruch zu gewähren. Damit ist die Gefahr verbunden, dass die Langzeitbesuche und anderes in das Ermessen der Anstalt gestellt und Privilegien als Belohnung für besonders angepasstes Vollzugsverhalten instrumentalisiert werden.

Die Kommunikation per Internet und E-Mail ist außerhalb des Vollzugs seit langem eine Selbstverständlichkeit. Entgegen früherer Ankündigungen des ehemaligen Internet-Unternehmers Heilmann soll dies auch in Zukunft nicht für den Berliner Strafvollzug gelten. Möglichem Missbrauch kann durch technische Kontrollen der Kommunikation begegnet werden, wie es in Norwegen seit Jahren erfolgreich praktiziert wird.

Erfrischend ehrlich führt Heilmann in der Begründung seines Gesetzes an, dass lediglich die „bestehenden Standards abgebildet und gesetzlich festgeschrieben“ werden. Das wird den häufig trüben Alltag in den Berliner Knästen nicht groß verändern und verzichtet auf mehr Resozialisierung. Es ist deshalb Aufgabe der Oppositi-



Leben hinter Berliner Gittern: Nur der Anstrich ist neu.
Foto: dierk schaefer/CC BY 2.0

on, zu zeigen, wie ein liberaler und progressiver Strafvollzug in Berlin aussehen könnte.

Grüne Kriminalitätspolitik setzt darauf, Inhaftierungen aufgrund ihrer schädlichen Folgen, dort zu vermeiden, wo dies durch die Entkriminalisierung von Cannabis oder Schwarzfahren zu verantworten ist. So ist jedeR achte Gefangene in Deutschland wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz inhaftiert; ein Drittel der Häftlinge im Knast Plötzensee sitzt dort wegen Beförderungsschleichung.

DIRK BEHRENDT
MDA, SPRECHER FÜR RECHTSPOLITIK
ALEXANDER KLOSE

Lokale AnsprechpartnerInnen

Reinickendorf

Brunowstr. 49, 13507 Berlin
Tel.: 80926899 – Fax: 902942191
kreisverband@gruene-reinickendorf.de
www.gruene-reinickendorf.de

Pankow

Pappelallee 82, 10437 Berlin
Tel.: 50180339
buero@gruene-pankow.de
www.gruene-pankow.de

Landesgeschäftsstelle

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Tel.: 615005-0 – Fax: 615005-99
Mo-Do 10:00-17:00, Fr 10:00-14:00
info@gruene-berlin.de
www.gruene-berlin.de

Mitte

Malplaquetstr. 7, 13347 Berlin
Tel.: 54468299
mitte@gruene-berlin.de
www.gruene-mitte.de

Spandau

Jagowstr. 15, 13585 Berlin
Tel.: 3359714 – Fax: 3360273
alspandau@freenet.de
www.alspandau.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Wilmersdorfer Str. 60/61
10627 Berlin
Tel.: 86423300 – Fax: 31808128
kv@gruene-cw.de
www.gruene-cw.de

Steglitz-Zehlendorf

Berliner Str. 57, 14169 Berlin
Tel.: 85074153 – Fax: 85074154
kreisverband@gruene-suedwest.de
www.gruene-suedwest.de

Tempelhof-Schöneberg

Fritz-Reuter-Str. 1
10827 Berlin
Tel.: 53604146
kiezbuero@gruene-ts.de
www.gruene-ts.de

Neukölln

Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin
Tel.: 67120812 – Fax: 67120811
info@gruene-neukoelln.de
www.gruene-neukoelln.de

Lichtenberg

Münsterlandstraße 33, 10317 Berlin
Tel.: 32534239 – Fax: 40036820
buero@gruene-lichtenberg.de
www.gruene-lichtenberg.de

Marzahn-Hellersdorf

Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin
Tel.: 5414019 – Fax: 70248895
info@gruenemarzahnellersdorf.de
www.gruenemarzahnellersdorf.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Dresdener Str. 10, 10999 Berlin
Tel.: 6143146 – Fax: 6143142
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Treptow-Köpenick

Schnellerstr. 23, 12439 Berlin
Tel.: 65494230
treptow-koepenick@gruene-berlin.de
www.gruene-treptow-koepenick.de

Nicht schön, aber nützlich

Grünes Glossar

AG

Arbeitsgemeinschaft
BAG
Bundesarbeitsgemeinschaft
BDK
Bundesdelegiertenkonferenz (Bundesparteitag)
BFR
Bundesfinanzrat:
Gremium der Landesschatzmeister
BGS
Bundesgeschäftsstelle (Sitz in Berlin)
BI
BürgerInneninitiative

BTW

Bundestagswahl
BuVo
Bundesvorstand
FR
Finanzrat
GJ
Grüne Jugend
HBS
Heinrich-Böll-Stiftung
KGS
Kreisgeschäftsstelle
KV
Kreisverband
LAG
Landesarbeitsgemeinschaft

LaVo

Landesvorstand
LDK
Landesdelegiertenkonferenz (Landesparteitag)
LFR
Landesfinanzrat:
Gremium der Kreisschatzmeister
LGS
Landesgeschäftsstelle
LA
Landesausschuss
LR
Länderrat:
kleiner Parteitag auf Bundesebene

LV

Landesverband
MdA
Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdB
Mitglied des Bundestages
MdEP
Mitglied des Europaparlaments
MdL
Mitglied des Landtags (Flächenland)
MV
Mitglieder-versammlung
OV
Ortsverband

IMPRESSUM

1/2016, 38. Jg., Nr. 195

Herausgeber

Bündnis 90/Die Grünen Berlin
Redaktionsanschrift
Tel: +49 30 61 5005-0 (LGS),
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Auflage 5000

Redaktion

Annette Heppel, Detlef Fritz (-tz, df),
Matthias Tang (V.i.S.d.P.)
Layout & Cover
Kalle Erlacher kalle@kaerl.de

Redaktionsschluss

6. Januar 2016
Leserbriefe bitte per Email senden an:
stachlige-argumente@gruene-berlin.de
Die einzelnen Beiträge der AutorInnen geben die Meinung der jeweiligen VerfasserInnen wieder und nicht notwendigerweise die der Redaktion.

Inhaltliche AnsprechpartnerInnen

Bildung

14tägig mittwochs um 19:30 im AGH*
Stefanie Remlinger, Torsten Wischnewski
stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de
torsten.wischnewski@gruene-pankow.de

Bio- und Gentechnik

jeden 3. Montag im Monat um 19:00
im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10
Eric Meyer
eric_meyer_m.sc@hotmail.de

Bündnisgrüne ChristInnen

jeden 3. Donnerstag im Monat um 19:15, Kreisgeschäftsstelle Pankow, Pappelallee 82 oder im AGH*
Alexander Barthel
lag.christinnen@gruene-berlin.de

Demokratische Rechte

14tägig montags um 19:30 im AGH*
Daniela Ehlers, Lutz Birkholz
demrecht@gruene-berlin.de

Drogenpolitik

jeden 4. Mittwoch im Monat 20:00 im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10
Silke Kolwitz, Tibor Harrach
lag.drogenpolitik@gruene-berlin.de

Energie Brandenburg Berlin

jeden 4. Mittwoch im Monat um 19:00,
Ort bitte erfragen
Marion Hasper
marion.hasper@gruene-berlin.de

Europa Berlin Brandenburg

14tägig montags um 19:00 im AGH*
Sibylle Steffan, Jakob Höber
lag-europa@gruene-berlin.de

Frauen- & Geschlechterpolitik

jeden 3. Mittwoch im Monat, 19:00, LGS
Bahar Haghanipour, Stefanie Klank,
Julia-Maria Sonnenburg
lag.frauen@gruene-berlin.de

Frieden & Internationales

monatlich montags, 19:00, LGS
Andreas von Brandt, Irina Dettmann
irina.dettmann@gruene-berlin.de

Gesundheit & Soziales

Termine bitte erfragen, jeweils von 19:00 bis 21:00 im AGH*
Wolfgang Schmidt, Michael Haberkorn
wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de
michael.haberkorn@gruene-berlin.de

Kultur

jeden 3. Mittwoch im Monat und in unregelmäßigen Abständen „Kultur on Tour“, Ort und Zeit bitte erfragen.
Antonia Simon, Henry Arnold
antoniasimon@gmx.de
mail@henryarnold.de

Medien

an jedem 4. Mittwoch im Monat um 19:30 im AGH*
Uta Belkuis, Angelo D'Angelico
uta.belkuis@gruene-berlin.de
ada@gruene-berlin.de

Migration

jeden 4. Donnerstag im Monat im AGH*
Filiz Keküllüoğlu, Timon Perabo
migration@gruene-berlin.de

Mobilität

jeden 1. Mittwoch im Monat,
Ort und Termin bitte erfragen
Matthias Oomen
lag-mobilitaet@gruene-berlin.de

Netzpolitik

1. oder 2. Donnerstag im Monat,
Ort und Termin siehe Webseite
Thomas Künstler
netzpolitik@gruene-berlin.de

Planen, Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

i.d. Regel am 2. Mittwoch im Monat um 18:00 im AGH*
Julia Gerometta, Martin Reents
lag-bauen@gruene-berlin.de

QueerGrün

jeden letzten Mittwoch im Monat um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1
Maria Meisterermt, Ulli Reichardt
queer@gruene-berlin.de

Säkulare Grüne

jeden ersten Mittwoch im Monat um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1
Jürgen Roth, Gudrun Pannier
juergenroth@t-online.de
g.pannier@pannier-schulungen.de

Umwelt

jeden 3. Montag im Monat, 19:00 im AGH*
Marion Hasper
marion.hasper@gruene-berlin.de

Wirtschaft & Finanzen

14tägig donnerstags, 19:00 in der Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1
Wolfgang Remmers, Eleonore Bausch
lag-wirtschaft@gruene-berlin.de

Wissenschaft

jeden 1. Mittwoch im Monat um 18:30 im AGH*
Eva Marie Plonske, Michael Greiner
eva.plonske@gruene-berlin.de
michael.greiner@gruene-berlin.de

Grüne Jugend Berlin

jeden Montag ab 19:00 in der Dirschauer Str. 13 in Friedrichshain
Emma Sammet, Christoph Husemann
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gj-berlin.de

AG Aktiv gegen Rechts

jeden 3. Mittwoch im Monat um 19:30, Ort bitte erfragen
Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch
carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de
daniel.gollasch@gruene-berlin.de

GewerkschaftsGrün

jeden 2. Donnerstag im Monat, 19:00
Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Str. 9
Angelika Höhne
info@gewerkschaftsgruen-berlin.de

AK Grundsicherung/Grundeinkommen

i.d. Regel 3. Mittwoch im Monat um 19:00 im AGH*
Joachim Behncke
ak-grundsicherung@gruene-berlin.de

AG Sport

am 3. Donnerstag im Monat 18:00 im AGH*
Anja Schillhaneck
anja.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de

AG Tierschutzpolitik

alle 2 Monate am letzten Mittwoch im Monat um 19:00 im AGH*
Christina Söhner
christina.soehner@gmx.de

AG Verbraucherschutz

Ort und Zeit bitte erfragen
Turgut Altug
turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de

* Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchner Str. 5

Termine

03.02. - 18:30 Uhr
Abgeordnetenhaus Berlin
Sitzung der LAG Wissenschaft

11.02. - 19:30 Uhr
Abgeordnetenhaus Berlin
LAG Bildung

17.02. - 19:30 Uhr
Bundesgeschäftsstelle
Landesausschuss

20.02. - 10:30 Uhr
Rathaus Charlottenburg, Bürgersaal
Aufstellung der Kandidat_innen für die BVV-Liste in Charlottenburg-Wilmersdorf

25.02. - 19:30 Uhr
Abgeordnetenhaus von Berlin
LAG Bildung

02.03. - 18:30 Uhr
Abgeordnetenhaus Berlin
Sitzung der LAG Wissenschaft

08.03. - 19:30 Uhr
Grüner Stadteilladen, Charlottenburg
Wahl des Kreisvorstandes für Charlottenburg-Wilmersdorf

12.-13.03.
KOSMOS
Landesmitglieder-versammlung zur Listenaufstellung

06.04. - 18:30 Uhr
Abgeordnetenhaus Berlin
Sitzung der LAG Wissenschaft

09.04.
Länderrat des Bundesverbandes

16.04.
Stadthaus Oderberger
Landesdelegiertenkonferenz

Berliner

2 -